

DER HAUPTSTADTBRIEF

26. November 2004

Hintergrund-Dienst aus Berlin für Entscheider und Multiplikatoren

60. Ausgabe



In Berlin gibt es zur Zeit **zahlreiche** interessante Ausstellungen, darunter „Licht und Farbe in der **Russischen Avantgarde 1900-1943**“. Daraus hier ein Bild ohne Namen von **Iwan Kijun**, entstanden 1920-1921.
Mehr ab Blatt 12

HAUPTSTADTBRIEF-Interview mit Friedrich Merz (CDU)

Ab Blatt 3

Wolfgang Clement nennt konkrete Zahlen

Ab Blatt 16

Die Grünen proben mehr Selbstbewusstsein

Ab Blatt 22

DER 60. HAUPTSTADTBRIEF

EINE INHALTS-ÜBERSICHT

- 3 Merz: Der Eindruck nimmt überhand, dass es nur noch um persönliches Machtstreben und Ämter geht. Er darf sich so nicht verfestigen**
Vor dem CDU-Parteitag:
Interview mit Friedrich Merz (CDU)
- 12 Ausstellungen in Berlin: Von Kunst aus Eisen bis zu Japans Morgenröte**
- 15 Mit 28 Prozent ist die SPD in Berlin wieder stärkste Partei**
- 16 Clement: Deutsche Direktinvestitionen in den USA belaufen sich auf rund 160 Milliarden Euro**
- 21 Was die Deutschen nach der Wiederwahl des George W. Bush denken**
- 22 Die Grünen proben mehr Selbstbewusstsein – zum Ärger der SPD**
- 25 Die neuesten Umfrage-Werte (forsa)**
- 26 „Zeit der Morgenröte“: Viele Exponate verließen Japan noch nie zuvor**
- 27 Impressum**
- 28 Im Land Brandenburg hat sich jetzt viel verändert**
- 31 Kulturpolitik nach Schildbürger-Art – und ein spätes Happy-End**
- 33 Der Leipziger Platz – er soll nun im Jahr 2005 fertiggestellt sein**
- 37 Eine kunstsinnige Kulturoffensive**
- 38 Immer zum Advent wird Berlin auch zur Märchenstadt**

Auf den Punkt

Strohfeuer?

Ist es nicht verwunderlich, wie sprunghaft wir geworden sind? Da leben seit langem Millionen Muslime unter uns. Nicht wenige ohne wirkliches Bemühen um Integration. Selbst wenn ganze Gruppen von ihnen offen Parallelgesellschaften bildeten, störte uns das bisher kaum. Einige von uns verbuchten das sogar noch als „Multikulti“ – und fanden es richtig gut.



Bruno Waltert
Chefredakteur

Plötzlich aber erklingt von fast allen Seiten der Ruf, die in Deutschland lebenden Muslime (weshalb eigentlich nur sie?) müssten sich intensiv integrieren. Integrationshilfen (die es bisher kaum gab) müssten her. Und Parallelgesellschaften könne man nicht mehr dulden.

Woher dieser sprunghafte Positionswechsel? Weil ein muslimischer niederländischer Staatsbürger (!) marokkanischer Abstammung einen nachhaltig islamkritischen holländischen Regisseur – so die gegen ihn erhobene Beschuldigung – ermordet hat. Danach brannten Moscheen und muslimische Schulen, aber auch christliche Kirchen. Dies alles ist fraglos verwerflich.

Nur: An mangelnder Integration, wie man sie bei uns jetzt fordert, lag es in diesem Fall nicht. Vielmehr war der Ursprungstäter geradezu muster-gültig in die niederländische Gesellschaft integriert, sprach die Sprache perfekt und hatte gute Schulabschlüsse. Man sieht: Auch Integration ist kein Wundermittel.

Dennoch wäre es nicht gut, wenn sich die jetzt bei uns geführte Integrations-Debatte als kurzzeitiges Strohfeuer erwiese – wie so vieles andere auch. Dazu ist das Thema viel zu wichtig. Allerdings wäre auch abzuklären, was denn Integration konkret heißen soll. Soweit es sich um Muslime handelt, sollte man dabei zudem den Islam kennen. Wer – beispielsweise – mit dem Kopftuch-Argument kommt, dokumentiert damit, man muss es leider sagen, schlicht Ignoranz.

Ihr

Bruno Waltert



Buchautor Friedrich Merz beim HAUPTSTADTBRIEF-Interview. Sein neuestes Buch hat den bezeichnenden Titel „Nur wer sich ändert, wird bestehen“ und ist bei Herder, Freiburg erschienen.

Merz: Der Eindruck nimmt überhand, dass es nur noch um persönliches Machtstreben und Ämter geht. Er darf sich so nicht verfestigen.

Vor dem CDU-Parteitag: Interview mit Friedrich Merz (CDU)

HAUPTSTADTBRIEF: Herr Merz, gesetzt den Fall, der Herder-Verlag würde Anfang Dezember auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf Ihr neuestes Buch verteilen. Müssten Sie sich dann auf ein Verfahren wegen parteischädigenden Verhaltens einstellen?

Merz: Wie kommen Sie denn auf die Idee?

HAUPTSTADTBRIEF: Sie haben in dem Buch Ihren Parteifreunden eine Meßlatte für eine Reformfähigkeit aufgelegt, die sie nicht überspringen. Anschließend haben Sie sich aus den Führungspositionen in Partei und Fraktion zurückgezogen.

Merz: Das Buchprojekt und meine persönliche Entscheidung sind zufällig zusammen getroffen.

HAUPTSTADTBRIEF: Das sollen wir glauben?

Merz: Ich hatte nicht vor, wieder ein Buch zu schreiben und bin dann vom Herder-Verlag auf der Buchmesse im letzten Jahr überzeugt worden, es doch zu tun. In der Rückschau muss ich sagen, es war richtig – auch wenn es jetzt ein Zusammentreffen mehrerer Ereignisse mit einem vordergründig passenden Titel gibt.

HAUPTSTADTBRIEF: Jetzt wird das Buch als Vermächtnis des zurückgetretenen CDU-Spitzenpolitikers angesehen.

Merz: Nein, es ist weder Vermächtnis noch Biografie. Es ist eine Zeitbetrachtung zur Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, zur Haushalts- und Sozialpolitik – so wie ich mir wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch die Lösung der Probleme in Deutschland vorstellen könnte.

HAUPTSTADTBRIEF: Warum reagieren Sie so defensiv?

Merz: Ich bin nicht defensiv, im Gegenteil, ich bleibe auch in Zukunft offensiv bei den Themen, allerdings nicht bei den Personaldebatten. Ich möchte einen Beitrag dazu leisten, dass die Union wieder ein geschlossenes, ein widerspruchsfreies Konzept zu den wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen bekommt. Ich werde nicht den Lafontaine spielen, sondern denjenigen, der auch in der zweiten Reihe für Sachaufgaben in der Union zur Verfügung steht.

HAUPTSTADTBRIEF: Lautet die Botschaft: „Nach mir die Sintflut“ oder „Damit Ihr seht, wie man es richtig macht?“

Merz: Vieles von dem, was in dem Buch aufgeschrieben ist, ist ja längst Allgemeingut in der Union. Manches ist es noch nicht. Stichwort Gesundheitspolitik, da fühle ich mich aber auch sehr bestätigt durch den Sachverständigenrat.

HAUPTSTADTBRIEF: Der hat den Unionskompromiss abgelehnt. CDU und CSU wollen einerseits eine Kopf-Prämie erheben, andererseits auf Druck der CSU einen sozialen Ausgleich aus dem Arbeitgeberanteil an den Beiträgen finanzieren. Die Entkoppelung der Sozialbeiträge von den Einkommen – eine Grundforderung des Friedrich Merz – ist nicht erfüllt worden.

Merz: Es gibt an diesem Kompromiss zwei Schwachstellen. Die eine ist, dass die Entkoppelung vom Einkommen nicht wirklich durchgängig gelungen ist. Zum Zweiten, dass das, was jetzt als Kompromiss formuliert worden ist, nur für die gesetzlich Krankenversicherten gilt und die privat Versicherten außer Betracht lässt. Das kann man aber beides mit relativ leichten Korrekturen nachholen. Die Richtung stimmt.

HAUPTSTADTBRIEF: Wenn die Korrekturen so leicht fallen werden, warum haben CDU und CSU es bislang nicht geschafft?

Merz: Weil natürlich nicht nur in der CSU, sondern auch in der CDU viele diese Einschätzung nicht teilen, sie aber respektieren. Manch einer meint, man müsse solche Veränderungen eher auf homöopathische Dosen verteilen. Ich meine, wir haben die Zeit für Homöopathie in Deutschland nicht mehr. Uns läuft im Gegenteil die Zeit davon.

HAUPTSTADTBRIEF: Sie haben ja in Ihrem Buch eindeutig Stellung bezogen gegen einkommensabhängige Krankenversicherungsbeiträge, wie sie die Arbeitgeberbeiträge heute schon darstellen. Stoiber tut nun so, als habe die CSU damit ein Stück Gerechtigkeit durchgesetzt.

Merz: Die CSU ist von der Hypothese ausgegangen: Kleine Einkommen – kleiner Beitrag, große Einkommen – großer Beitrag. Genau an der Stelle liegt die Entscheidung, die man treffen muss: Soll die Krankenversicherung eine Krankenversicherung werden oder eine zweite Einkommensteuer bleiben.

Wer sich mit dieser oben genannten, so gefällig klingenden Formulierung auf die zweite Einkommensteuer – und sei es in Stufen – festlegt, wird das System auch zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung nie aufbrechen. Das muss man wissen. Ich kritisiere die Position nicht, aber ich teile sie nicht.

HAUPTSTADTBRIEF: Sie lassen Ihre Partei lieber den falschen Weg gehen?

Merz: Ich bin sicher, dass die Zeit den Druck erhöht und dass wir am Ende des Tages zu einer Lösung kommen, die dem entspricht, was die CDU vorgeschlagen hat und dem entspricht, was der Sachverständigenrat auch vorgeschlagen hat.

HAUPTSTADTBRIEF: Der Sachverständigenrat hat im übrigen – anders als im Unionskompromiss vorgesehen – auch die Mehrwertsteuer anstelle der Einkommensteuer zur Finanzierung des sozialen Ausgleichs für Kinder und untere Einkommen vorgeschlagen.

Merz: Das können Sie auch bei mir nachlesen, es entspricht meiner Meinung. Die Ergiebigkeit der Einkommen- und der Körperschaftsteuer, die beide im Standortwettbewerb stehen, wird nicht ausreichen für die Finanzierung weiterer Aufgaben. In dieser Frage bin ich übrigens auch mit dem früheren Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) völlig einig.

HAUPTSTADTBRIEF: Gehen Sie davon aus, dass der Parteitag den Kompromiss zur Gesundheitsreform und die daraus resultierenden Folgen für die Steuerpolitik mit trägt?

Merz: Ich gehe davon aus, weil ein großer Teil der Parteibasis dieser öffentlichen Auseinandersetzung müde ist.

HAUPTSTADTBRIEF: Ist es normal, dass plötzlich die Experten der Unionsparteien für die beiden derzeit wichtigsten Themen, Finanzen und Soziales, Friedrich Merz und Horst Seehofer, politisch im Abseits stehen?



Merz: Die Motivationslage von Horst Seehofer und von mir ist vermutlich nicht identisch.

HAUPTSTADTBRIEF: Verraten Sie uns den Unterschied!

Merz: Horst Seehofer geht es offenkundig um eine fundamentale Sachfrage, die er nicht bereit ist mitzutragen. Bei mir sind es weniger die Sachfragen als die sich ständig wiederholenden Personaldebatten, die ich einfach ein Stück entschärfen wollte. Ich werde aber in der Fraktion auch an den Themen weiterarbeiten, die ich bisher bearbeitet habe, ganz bewusst aber etwas weniger in der Öffentlichkeit. Politik ist für mich zuerst eine Verstandesaufgabe, weniger ein „suchtgefährdendes“ Abhängigkeitsverhältnis.

HAUPTSTADTBRIEF: Passen politisches Querdenken wie in Ihrem Buch und ein Parteibuch noch zusammen?

Merz: Aber ja. Im übrigen, es ist kein Querdenken, sondern der Versuch, voraus zu denken, Anstöße zu geben und sie im Zusammenhang darzustellen. Die Bevölkerung erwartet von uns, dass wir das leisten und nicht nur mit Scheuklappen parteipolitisch unse- ren Weg gehen, den eine Führung vorzeichnet. Das müssen Parteien nicht nur aushalten, das müssen Parteien auch leisten.

HAUPTSTADTBRIEF: Sie tauchen plötzlich in den Meinungsumfragen hinter Joschka Fischer als populärster Politiker der Republik auf. Stimmt es Sie nachdenklich, dass man plötzlich zwischen zwei Buchdeckeln beliebter werden kann als im Parlament?

Merz: Es stimmt mich schon ein bisschen nachdenklich, dass man erst zurücktreten und schreiben muss, bevor man ein großes Maß an öffentlicher Zustimmung bekommt. Aber das ist wohl ein Ergebnis unserer Mediendemokratie.

HAUPTSTADTBRIEF: Was treibt Sie politisch noch an, als Anwalt können Sie doch mehr verdienen?

Merz: Ich spüre in diesen Tagen zum Beispiel bei Signierstunden immer wieder, wie sehr große Teile der Bevölkerung persönlich bewegt, was in der Politik geschieht und nicht geschieht. Und wie viele Menschen ihre Hoffnungen auch im Hinblick auf ihr Lebens-Schicksal mit politischen Akteuren verbinden, auch mit mir persönlich. Und das motiviert mich schon, in der Politik zu bleiben.

HAUPTSTADTBRIEF: Bringt die Politik nicht mehr genügend Vorbilder hervor?

Merz: Zumindest nimmt der Eindruck überhand, dass es nur noch um persönliches Machtstreben und Ämter geht. Dieser Eindruck darf sich so nicht verfestigen.

HAUPTSTADTBRIEF: Trägt dazu nicht einer bei, der hinschmeißt?

Merz: Das habe ich mir sehr sorgfältig überlegt und habe deswegen ja auch deutlich gesagt, es geht nicht um hinschmeißen, wegwerfen oder abhauen. Ich will meinen Beitrag dazu leisten, dass Sachfragen weiter voran gebracht und nicht mit Personalfragen überfrachtet und mit Machtfragen verbunden werden. Vielleicht ist das jetzt erst durch meinen Rückzug bei vielen glaubwürdig geworden und erklärt auch die zunehmende Zustimmung. Wenn ich eines Tages aus der Politik ausscheide und auf meinem Grabstein steht ...

HAUPTSTADTBRIEF: ... ein bisschen früh für einen Nachruf ...

Merz: ... nicht „Bundesminister a. D.“, dann liegt da trotzdem jemand drunter, der mit sich selbst völlig im Gleichgewicht ist.

HAUPTSTADTBRIEF: Solche Sätze gehen Politprofis leicht über die Lippen.

Merz: Dass wir alle sagen, wir wollten nichts werden und es ginge uns nur um das hehre Vaterland, das gehört zum Standardrepertoire. Ich bin zweieinhalb Jahre Fraktionsvorsitzender gewesen mit allen Vor- und Nachteilen. Ich weiß es abzuschätzen, was ein politisches Spitzenamt bedeutet, an Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch an persönlichen Einschränkungen. Ich schließe nicht aus, dass ich eines Tages auch irgendwann und irgendwo in eine politische Funktion zurückkehre. Aber ich mache das mit großer innerer Nüchternheit und Distanz.

HAUPTSTADTBRIEF: A propos Distanz! Sie gehen jetzt noch einen Schritt weiter und bringen Ihre Vorschläge für eine radikale Vereinfachung eines Steuersystems in eine Arbeit ein, an der sich parteiübergreifend auch Rote und Grüne beteiligen. Resignieren Sie vor der Unfähigkeit der Union zum Umsteuern?

Merz: Nein, ganz und gar nicht. Wir arbeiten in der Stiftung Marktwirtschaft in der Tat an einem parteiübergreifenden Steuerreform-Konzept, das zu Beginn der nächsten Wahlperiode verabschiedungsreif auf den Tisch gelegt werden soll. Und ich habe Wert darauf gelegt, dass an diesen Arbeiten und in einem politischen Beirat Kollegen aus der SPD und

den Grünen beteiligt werden. Wir gewinnen viele Fachleute nur, wenn sie das Gefühl haben, dass sie auf einer breiten politischen Plattform arbeiten können und nicht einseitig für eine Partei oder ein politisches Lager in Anspruch genommen werden.

HAUPTSTADTBRIEF: Das klingt nach „Koalition der Vernunft“ oder vorparlamentarischem Vermittlungsausschuss, nicht nach Profilierungselement für die Union.

Merz: Was an parteipolitischen Entscheidungen zu treffen ist, also etwa die Höhe des Spitzensteuersatzes, Tarifverlauf, Sonntags-, Nacht- und Feiertagszuschläge, wird von der Kommission nicht vorweggenommen. Die bleiben dem Parlament vorbehalten und auch überlassen. Aber ich bin immer schon der Meinung gewesen, dass wir gerade für eine solche Steuerreform breite politische Mehrheiten brauchen.

Deswegen sollen wenigstens in der Konzeptionsphase auch andere Parteien beteiligt sein. Das heißt aber auch, dass die Steuerreform, so wie wir sie ja auch gemeinsam – CDU und CSU – konzipiert haben, so wie wir sie auf dem Bundesparteitag in Leipzig beschlossen haben, ein ganz wesentliches Thema für die Bundestagswahl 2006 werden kann.

HAUPTSTADTBRIEF: Sind die Top-Probleme Steuer- und Sozialreform nur noch überparteilich zu lösen?

Merz: Wünschenswert wären breitere parlamentarische Mehrheiten. Sehen Sie sich das Thema Rentenpolitik an. Seit 1956 bis 1996 ist die Rentenpolitik in Deutschland im breiten politischen Konsens ...

HAUPTSTADTBRIEF: ... vor allem von Union und SPD ...

Merz: ... gemacht worden. Bis dahin war sie auch in der Bevölkerung weitgehend unumstritten. Seit der Mitte der 90er Jahre haben wir es mit einem zunehmenden Dissens zu tun. Das hat der Rentenpolitik nicht gut getan.

HAUPTSTADTBRIEF: In Ihrem Buch haben Sie eine Botschaft unters Volk gebracht. Ich zitiere: „Dieses Land braucht wieder eine solide politische Führung“. Traut eigentlich der Unionspolitiker und Insider Merz seiner Parteiführung nicht zu, diesen Anspruch zu erfüllen?

Merz: Überinterpretieren Sie das jetzt mal nicht und beziehen Sie es mal nicht auf aktuelle personelle Konstellationen. Ich gebe in dieser Formulierung nur wieder, was große Teile der Bevölkerung vermissen. Wenn wir bei einer bundesweiten Wahl in Deutschland wie bei der letzten Europawahl nur 42 Prozent Wahlbeteiligung haben und von den Wahlberechtigten nur 18,6 die Union und 8,9 Prozent die SPD wählen, dann stehen wir am Rande einer handfesten Sinn- und Akzeptanzkrise des gesamten politischen Systems in Deutschland. Was ich da geschrieben habe, das richtet sich nicht nur an uns, das richtet sich im Grunde an alle demokratischen Parteien in der politischen Mitte. Wir müssen einfach alle sehr viel besser werden.

HAUPTSTADTBRIEF: Beziehen Sie inhaltliche Konzepte ruhig in Ihre Bewertung ein!

Merz: Ich will zum jetzigen Zeitpunkt nur allgemein antworten. Wir haben in der Union – unter Einschluss der Ministerpräsidenten – das Potential, eine solche Führung zusammen zu stellen. Aber wir sind im Augenblick sicher nicht optimal aufgestellt. Das hat gar nichts mit der Kanzlerfrage zu tun. Es geht darum, ob wir ein Team haben, das zusammen passt und ein überzeugendes Bild geschlossen nach außen abgibt oder ob wir so viele Meinungsverschiedenheiten in Sachfragen haben, dass allein dadurch das Bild der Geschlossenheit schon zerstört wird.



HAUPTSTADTBRIEF: Sie haben den Kampfruf des Philosophen Karl Popper übernommen: „Optimismus ist Pflicht“ und für Deutschland fordern Sie die schrittweise Rückkehr an die Spitze der EU, die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit auf der Bühne der Welt. Wo sehen Sie derzeit in Deutschland Politiker, die derart hochgesteckte Ziele erreichen können?

Merz: Jetzt sind wir wieder mitten in der Personalisierung der Diskussion, aber Sie haben natürlich recht, schon in der Forderung, die Sie richtig zitiert haben, steckt ein Stück Personalisierung, gar keine Frage.

HAUPTSTADTBRIEF: Wie es sich jetzt im Streit um die Gesundheitsreform gezeigt hat.

Merz: Daran müssen wir deshalb weiter arbeiten. Wenn wir der Bevölkerung Veränderungen zumuten, dann dürfen wir an uns selbst nicht zu geringe Ansprüche stellen, was unsere Bereitschaft betrifft, uns zu verändern und uns richtig aufzustellen.

HAUPTSTADTBRIEF: Welche Weichenstellungen erwarten Sie denn in dieser Richtung oder erhoffen Sie vom Bundesparteitag?

Merz: Der Bundesparteitag der CDU wird und muss noch einmal die Grundausrichtung klar legen, die da lautet, eine auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete, auf Leistung und wieder auf ein neues Arbeitsethos ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die aber über den rein ökonomischen Aspekt weit hinaus geht, die auch noch mal klärt, auf welchem Wertefundament wir das tun;

dass wir auch im Bereich von Grundwerten bis hin zu einem wirklich realistischen Anspruch an das gesellschaftliche Zusammenleben unterschiedlicher Menschen in diesem Land Anforderungen stellen;

dass wir es eben schon ernst meinen mit diesem Anspruch, eine solidarische und gleichzeitig leistungsbereite Gesellschaft zu sein. Wir müssen Leistung und Arbeit wieder mehr in den Vordergrund

auch der ethischen Überzeugungen stellen, das halte ich für ungeheuer wichtig. Wenn uns das nicht gelingt, dann unterscheiden wir uns nicht weit genug von der SPD.

HAUPTSTADTBRIEF: Angela Merkel und Edmund Stoiber werden mit diesem Bekenntnis keine Schwierigkeiten haben. Wohl aber – im Blick auf die Wahlen in NRW und im Bund – mit den Ideen des Friedrich Merz zu einer Mehrwertsteuererhöhung?

Merz: Das ist heute auch kein Thema, schon gar nicht zur Haushaltssanierung. Entscheidend ist zunächst, dass wir in der Gesundheitsreform Schritt für Schritt herausgehen aus der zweiten Einkommensteuer in eine wirklich versicherungsmathematisch kalkulierte Krankenversicherung. Die Richtung stimmt, alles weitere wird kommen.

HAUPTSTADTBRIEF: Werden Sie auf dem Parteitag Ihr Mehrwertsteuer-Konzept offensiv verteidigen?

Merz: Ich habe kein „Mehrwertsteuerkonzept“. Wir werden auf dem Parteitag vermutlich über dieses ganze Thema überhaupt nicht mehr abstimmen, weil wir das im letzten Jahr getan haben und es für die CDU auch keinen Korrekturbedarf gibt. Aber zu den Details sollten Sie die Parteivorsitzende und den Generalsekretär fragen.

Ich werde auf diesem Bundesparteitag keine Mehrwertsteuerdiskussion führen. Das Thema steht für diese Wahlperiode nicht an. Ich votiere auch darüber hinaus gegen jede Mehrwertsteuererhöhung zur Deckung von Haushaltslücken. Wir sollten dagegen offen bleiben bei der Frage, ob wir die Mehrwertsteuer nicht auch für einen Sozialausgleich bei der Krankenversicherung und für eine Korrektur bei der Einkommensteuer brauchen. Aber das sind Fragen für das Jahr 2007.

HAUPTSTADTBRIEF: Ist das nicht die Hauptfrage, die Sie parteiübergreifend in Ihrer Kommission klären müssen?

Merz: Ich weiß, dass es in der SPD viele gibt, die das genauso beurteilen, dass es aber gleichzeitig die rot-grüne Mehrheit ist, die vor den Wahlen 2006 eine solche Entscheidung nicht mehr treffen will. Also reden wir halt nach der Bundestagswahl 2006.

HAUPTSTADTBRIEF: Sie haben in Ihrem Buch für einen Spitzensteuersatz von 36 Prozent plädiert. Der Gesundheitskompromiss sieht 39 Prozent vor. Reicht das der Union, um im Wahlkampf als Steuer-senkungspartei zu brillieren?

Merz: Auch darüber müssen wir im nächsten Jahr noch einmal sprechen. Lassen Sie uns mal abwarten, bis wir so etwa eineinhalb Jahre Osterweiterung der EU hinter uns haben. Dann werden wir den Nachweis haben, dass insbesondere die osteuropäischen Länder, aber auch zum Beispiel Österreich, mit sehr viel niedrigeren Steuersätzen sehr viel höhere Steuereinnahmen generieren als wir. Dann wird auch bei uns ein Finanzierungskonzept sehr viel leichter zu formulieren sein.

HAUPTSTADTBRIEF: Der große US-Ökonom Paul Samuelson sagt voraus, dass im Zeitalter der Globalisierung die Innovationskraft eines Landes viel wichtiger ist als Rahmenbedingungen wie Steuern.

Merz: Zumindest eines ist richtig davon. Die Bedeutung der Ertragssteuern wird für Unternehmensansiedlungen und Unternehmensstandorte immer weniger bedeutungsvoll werden. Und die Fragen, welches Potential, welches know-how, welche Arbeitskräfte sie am Ort vorfinden, welchen Markt sie vorfinden, wie groß der Heimatmarkt ist, werden wichtiger.

Es könnte sogar sein, dass wir auf den Zustand zu-steuern, dass Unternehmen immer weniger Steuern zahlen und ihre Funktion immer mehr darin erfüllen, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Das wird uns dann noch einmal zu einer Korrektur der Steuersätze nach unten zwingen.

HAUPTSTADTBRIEF: Relativiert Samuelsons Aussage auch Ihre Forderungen nach Niedriglöhnen, nach mehr Lohnspreizung und nach weniger Mitbestimmung?

Merz: Nein, im Gegenteil. Es gibt bis in die jüngste Zeit hinein Äußerungen von Personalvorständen großer internationaler Unternehmen, die – wie ich finde – zu recht darauf hinweisen, dass schlecht qualifizierte Leute auch in Deutschland zu gut bezahlt werden und gut qualifizierte zu schlecht. Das Thema Lohndifferenzierung und Lohnspreizung wird ein Thema werden.



Sehen Sie sich den Bankenplatz Frankfurt an, wie viele Leistungsträger dort nicht bleiben wollen, weil sie in Amerika oder London mit sehr viel niedrigeren Steuersätzen und doppelt so hohem Einkommen arbeiten können. Der Standortwettbewerb wird sich nicht nur zwischen Unternehmen abspielen, er wird auch um Köpfe geführt.

HAUPTSTADTBRIEF: Welche Rolle messen Sie der unternehmerischen Mitbestimmung als Standortfaktor für Investoren bei?

Merz: Die deutsche Mitbestimmung ist nicht der Export-Schlager geworden, den sich die Verfasser 1976 erhofft haben. Ich sehe einige Probleme, die man schnell lösen könnte: Die Aufsichtsräte könnten kleiner und professioneller werden.

HAUPTSTADTBRIEF: Hat nichts mit Mitbestimmung zu tun.

Merz: Ich plädiere auch dafür, das aktive und passive Wahlrecht von Arbeitnehmern an ausländischen Standorten einzuführen. Und zwar möglichst im Austausch gegen die externen Arbeitnehmerfunk-

tionäre, die heute in den Aufsichtsräten sitzen. Man sollte darüber nachdenken, Personal- und Vorstandsangelegenheiten aus der Mitbestimmung herauszunehmen und sie der Anteilseigner-Seite ausschließlich zuzuordnen.

Dann hätte der frühere IG Metall-Chef Zwickel auch nicht beim Düsseldorfer Mannesmann-Prozess mit auf der Anklagebank gesessen. Und ganz grundsätzlich müssen wir uns an den Gedanken gewöhnen, dass wir in Deutschland den Systemwettbewerb zulassen.

Denn der Europäische Gerichtshof wird uns zwingen, die monistische Unternehmensverfassung, also die Führung mit einem einzigen Verwaltungsrat an der Spitze anstelle von Vorstand und Aufsichtsrat zu erlauben. Wir werden schon in Kürze solche Unternehmen haben. Ein solcher board of directors oder ein solcher Verwaltungsrat ist ganz grundsätzlich der paritätischen Mitbestimmung nicht zugänglich.

HAUPTSTADTBRIEF: Welche Rolle billigen Sie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden noch zu?



ten an Streit beigelegt worden ist. In zwei Jahren werden andere Themen eine Rolle spielen, wird die wirtschaftliche Entwicklung weitergegangen sein, werden uns andere Probleme beschäftigen.

HAUPTSTADTBRIEF:
Welche könnten das sein?

Merz: Vielleicht ist es neben der wirtschaftlichen Lage das ganze Thema internationaler Terrorismus, Fundamentalismus, das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Ich vermute, dass die gesellschaftspolitischen Themen in den nächsten Monaten mehr

Merz: Sowohl die Arbeitgeberverbände als auch die Gewerkschaften werden weiter erheblich an Einfluss und Bedeutung verlieren. Die Verantwortung in den Betrieben wird parallel dazu weiter zunehmen.

HAUPTSTADTBRIEF: Die Rolle der Gewerkschaften wird sicher Wahlkampfthema werden. Aber: Lassen sich parteiinterne Streitthemen wie Gesundheits- und Steuerreform noch zu einer Wahlkampfbotschaft der Union bündeln?

Merz: Wenn wir im Lichte des Abstands von einigen Monaten die Dinge beurteilen, dann werden wir über manche Auseinandersetzung nur noch schmunzeln, weil die Details noch nicht endgültig entschieden, aber die Grundentscheidungen getroffen sind. Und Frau Merkel hat völlig recht, wenn sie darauf hinweist, dass wir das, was jetzt mit der CSU noch nicht möglich war, in einem späteren Gesetzgebungsverfahren nicht zuletzt mit Hilfe der FDP auch werden nachholen können.

HAUPTSTADTBRIEF: Die Union sah ja lange Zeit schon wie der sichere Sieger der Landtagswahl in NRW und auch bei der Bundestagswahl aus. Haben die Streitereien um die Konzepte und Personen die Chancen für einen politischen Machtwechsel gemindert oder gar zerstört?

Merz: Aus heutiger Sicht wird das so gesehen. Ich sehe das für 2006 ganz gelassen. 2006 wird nicht das eine Rolle spielen, was in 2004 kurz vor Weihnach-

und mehr in den Vordergrund rücken. Wir müssen formulieren, was wir denn an gemeinsamer europäischer Kultur bewahren, auf- und ausbauen wollen.

HAUPTSTADTBRIEF: Halten Sie den Beitritt der Türkei zur EU für ein erfolgversprechendes Wahlkampfthema der Union?

Merz: Es wird eines von vielen Themen sein, auch im Hinblick auf die innenpolitische Lage in Deutschland, das Zusammenleben mit drei Millionen Türken in Deutschland, von denen rund ein Drittel auch wahlberechtigt sind. Die zunehmenden kulturellen Spannungen in Deutschland erzwingen politische Entscheidungen. Beispiel: Kopftuchverbot. In der Türkei ist das Tragen der Kopftücher verboten, auf der Straße und in der Schule. In Deutschland wird darum prozessiert.

Das ist ein Symbol-Thema, aber es hat etwas damit zu tun, ob wir in der Lage sind, unsere kulturellen Grundüberzeugungen, das kann man Leitkultur nennen oder auch lassen, auf alle diejenigen zu übertragen und anzuwenden, die hier in Deutschland leben und auf Dauer hier bleiben wollen. Hier entwickeln sich Parallelgesellschaften. Wer davor früher gewarnt hat, landete sehr schnell in der rechten Ecke. Heute ist es die Titelseite im SPIEGEL. Möglicherweise wird das ein Thema bei der Bundestagswahl 2006.

HAUPTSTADTBRIEF: Haben Sie Sorge vor Anschlägen auf islamische Einrichtungen wie in Holland?

Merz: Niemand kann ausschließen, dass wir so spektakuläre Anschläge auch in Deutschland plötzlich bekommen.

HAUPTSTADTBRIEF: Wie soll das denn 2006 parteipolitisch zu nutzen sein? CDU- und CSU-geführte Länder stehen dann genauso am Pranger wie die Bundesregierung.

Merz: Mir geht es gar nicht in erster Linie darum, wie das parteipolitisch genutzt werden kann. Aber wir gehen von unterschiedlichen Vorstellungen aus. Herr Ströbele von den Grünen will jetzt einen muslimischen Feiertag in Deutschland haben.

Wir sagen, das kommt überhaupt nicht in Frage. Diejenigen, die hier leben, müssen sich auch in ihren Gewohnheiten bis hin zum Thema Monogamie und Bild der Frau in dieser Gesellschaft ohne wenn und aber an das halten, was wir uns als Regeln gesetzt haben. Damit haben wir ein Thema, wo es richtig unterschiedliche Meinungen gibt.

HAUPTSTADTBRIEF: Meinen Sie, Sie können damit SPD-Innenminister Otto Schily überbieten?

Merz: Nein, aber wir könnten z. B. die Grünen aus dem bürgerlichen Wählerlager vertreiben. Wie auch immer, ich kann Ihnen die Themen in zwei Jahren nicht voraussagen. Wir haben Ende Juni 2002 mit Frau Köcher vom Allensbacher Institut im Kompetenzteam zusammen gesessen und Sie hat uns Ende Juni 2002 erklärt: „Meine Damen und Herren, Sie können die Bundestagswahl 2002 nicht mehr verlieren, es sei denn, es gibt Krieg oder eine große Naturkatastrophe.“ Vier Wochen später hatten wir beides.

HAUPTSTADTBRIEF: Zum Schluss bitte eine Prognose: Wird Angela Merkel im Verhältnis zu Edmund Stoiber gestärkt aus dem CDU-Parteitag hervorgehen?

Merz: Parteitage haben es so an sich, dass grundsätzlich Führungspersonen, insbesondere die, die ganz vorne stehen, gestärkt hervorgehen. Ich sehe nicht, warum wir dieses Gesetz der Serie im Jahre 2004 durchbrechen sollten. Das sagt trotzdem noch nichts darüber aus, ob die Union 2006 die Mehrheit in der Bevölkerung gewinnt.



Das HAUPTSTADTBRIEF-Interview mit Friedrich Merz führte KLAUS WIRTGEN.



Exponat aus der sehenswerten Ausstellung „Berliner Eisen“ im Märkischen Museum: Taufbecken, Entwurf von Schinkel, Modelleur A. W. Stilarsky, in Zink, 1832-33.

Von Kunst aus Eisen bis zu Japans Morgenröte

Von DIETER STRUNZ

Es kann **nicht immer** Kaviar sein. Kunst-Gala das ganze Jahr über – das wäre eine Horrorvorstellung. MoMA muss ein **singuläres** Ereignis bleiben. Aber es macht eben den **Reiz** der Kultur- und Museumsstadt Berlin aus, das sie im Zentrum wie an der Peripherie **auch** im sogenannten Alltag **Ansehnliches** und **Attraktives** anzubieten hat. Kunst, Schau, Anregung, Diskussion – nicht nur aus der zweiten Reihe. Ein kleiner aktueller **Rundblick** soll Appetit machen.



Ebenfalls aus „Berliner Eisen“: Kunstvolle eiserne Sitzbank aus der Königlich-Preußischen Eisen-Gießerei (KPEG), zusammen mit einem zweiten derartigen Stück hergestellt um 1866. Die weißgestrichenen Sitzflächen sind aus Holz.

„**Berliner Eisen**“: Die Geschichte eines königlichen Unternehmen erschließt sich in der Ausstellung „Berliner Eisen“, die im **Märki-schen Museum** von der **Stiftung Stadtmuseum** bis zum 2. April gezeigt wird. Der Hauptstadtkulturfonds und die Stiftung Preußische Seehandlung gehören zu den Förderern der Schau, die an die 1804, **vor zweihundert Jahren**, in der Invalidenstraße vor dem Neuen Tor errichtete **Eisengießerei** erinnert.

Künstler wie **Schadow, Schinkel, Rauch** und **Tieck** sind mit ihren Erzeugnissen verbunden, die vom **filigranen Schmuck** bis zum wuchtigen **Kreuzbergdenkmal** oberhalb des schönen Wasserfalls am südlichen Ende der Großbeerenstraße reichen.

„**Licht und Farbe in der Russischen Avantgarde**“: Eine Ausstellung von **ungewöhnlicher** Vorgeschichte hat der Martin-Gropius-Bau in die Hauptstadt holen können.

Was hier in mehr als **300 Werken von 50 Künstlern** vertreten ist, verdankt seine Herkunft und seinen Zusammenhalt der Leidenschaft eines griechischen Sammlers, George **Costakis**, der als Angehöriger der kanadischen Botschaft in Moskau zwischen 1946 und 1977 Werke der russischen Avantgarde zusammentrug, für die sich dort und damals **niemand sonst** interessierte.

Die Kollektion, die nach des Sammlers Tod (1990) in **griechischen Staatsbesitz** übergang, kommt heute aus dem eigens für sie errichteten Museum für zeitgenössische Kunst in der Kulturhauptstadt von 1997, **Thessaloniki**. Berlin ist die **einzige deutsche Station** dieser Schau.

In anderen Räumen des mächtigen Kubus zwischen Abgeordnetenhaus und Anhalter Bahnhof finden sich **Sonderausstellungen** unterschiedlichster Thematik, die **mehr** als einen Seitenblick verdienen. Der „**Auschwitz-Prozess 4 Ks 2/63**“ beschwört einen Wendepunkt deutscher Geschichte, als die Bürger der Bundesrepublik aufgerufen waren, „Gerichtstag über sich selbst“ zu halten.

„**Sophie Calle**“ ist eine Huldigung an die französische „Fotografin, Schriftstellerin, Detektivin und Soziologin“, wie sie beschrieben wird. An dem originellen Plakat **mit dem zugedeckten linken Auge** der Pariserin konnte man in den Herbstwochen in der Stadt kaum vorbeischaun. Die Retrospektive der 1953 geborenen Vielseitigen wurde für das **Centre Pompidou** konzipiert und von dort importiert.



Aus der Ausstellung „Licht und Farbe in der Russischen Avantgarde“ im Martin-Gropius-Bau: Popowa Ljubow, Malerische Architektonik, 1916/17.

Die Ausstellung „**Mythen der Nationen: 1945 – Arena der Erinnerungen**“ will zeigen, wie sich die Täter und Opfer des zweiten Weltkrieges mit dem **Erlebten** und seinen **Folgen** auseinandersetzen. In mehr als **400 Objekten**, von Gemälde und Skulptur bis zu Fotos, Büchern und Briefmarken, ausgeliehen in Europa, USA und Israel, wird die Entstehung von **Mythen des Sieges**, des **Widerstandes** und des **Völkermordes** festgemacht.

Schließlich: „**Die Zeit der Morgenröte**“. Eine außerordentliche Schau zog in den Gropius-Bau ein. **Weltweit zum ersten Mal** wird „Japans Kultur und Geschichte von den Anfängen bis zu den ersten Kaisern“ in archäologischen Zeugnissen vorgestellt. Rund **1500 Exponate** blenden zurück. Eine Riesensammlung, für die man nicht nur Lust und Interesse, sondern auch viel Zeit mitbringen muss (siehe **gesonderten Beitrag** ab Blatt 26)

„Berliner Eisen“: Dienstags bis sonntags 10 bis 18 Uhr, Märkisches Museum, Am Köllnischen Park 5, 10179 Berlin-Mitte. Tel: 308 66 215, E-Mail: info@stadtmuseum.de, www.stadtmuseum.de.

„Licht und Farbe in der Russischen Avantgarde“ bis zum 10. Januar 2005 mittwochs bis montags 10 bis 20 Uhr, Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin. Tel: 25 48 60, 25 68 61 07, www.gropiusbau.de.

„Der Auschwitz-Prozess“ bis zum 19. Dezember und „Sophie Calle“ bis zum 13. Dezember, beide mittwochs bis montags 10 bis 20 Uhr, Martin-Gropius-Bau, Adresse wie oben.

„Mythen der Nationen“ bis zum 27. Februar 2005 täglich 10 bis 18 Uhr im Deutschen Historischen Museum, Pei-Bau, Hinter dem Gießhaus 3, 10117 Berlin-Mitte. Tel: 20 30 44 10, Fax: 20 30 44 12, www.dhm.de.

„Die Zeit der Morgenröte“ bis zum 31. Januar 2005, montags bis sonntags 10 bis 20 Uhr, Gropius-Bau, Adresse wie oben.

Mit 28 Prozent ist die SPD in Berlin wieder stärkste Partei

Im August 2004 noch lag die **SPD** in der Gunst der Berliner bei nur **17 Prozent**, jetzt im November landete sie bei immerhin **28 Prozent**. Damit liegen die Sozialdemokraten in der Hauptstadt erstmals wieder **vor** der in den letzten Monaten stets führenden **CDU**. Sie kam jetzt mit **26 Prozent** auf Platz zwei.

Diese und die folgenden Werte beziehen sich auf den Fall der Neuwahl des Berliner **Landesparlaments**, des Abgeordnetenhauses. Drittstärkste politische Kraft in Berlin sind die **Grünen** mit aktuell **17 Prozent**, die **PDS** folgt mit **15 Prozent**. Die **FDP** schließlich liegt derzeit in Berlin bei **7 Prozent**. Ebenfalls auf **7 Prozent** kommen alle **übrigen** Parteien zusammen.

Was die **PDS** angeht, ist bemerkenswert, dass sie im **Ostteil** der Stadt mit **32 Prozent** noch vor der SPD liegt. Aber: Im Westteil Berlins würden derzeit nur **drei Prozent** die PDS wählen.

Alle diese Zahlen ermittelte **forsa** jetzt für die *Berliner Zeitung*. **Bekanntester** Berliner **Landespolitiker** ist – wie fast immer in Stadtstaaten – die Nummer Eins im Rathaus, also der Regierende Bürgermeister Klaus **Wowereit** (SPD) – mit einem Bekanntheitsgrad von **96 Prozent**. Es folgen zwei weitere Sozialdemokraten: Finanzsenator Thilo **Sarrazin** mit **77 Prozent** und Bildungssenator Klaus Böger mit **75 Prozent** Bekanntheitsgrad.



Höchster Bekanntheitsgrad in Berlin: Klaus Wowereit mit Unicef-Herz der Berliner Malerin Kitty Kahane.

Dagegen wissen – beispielsweise – nur **44 Prozent** der Berliner mit dem Namen des CDU-Landesvorsitzenden Joachim **Zeller** etwas anzufangen. Und für nur **31 Prozent** ist der FDP-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Martin **Lindner**, ein Begriff.

Clement: Deutsche Direktinvestitionen in den USA belaufen sich auf rund 160 Milliarden Euro

Beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit gibt es den hochrangig besetzten „Außenwirtschaftsbeirat“. Ihm gehören zahlreiche Wirtschafts-Prominente an (siehe auf Blatt 20). Diesem Gremium, das sich kurz nach der US-Präsidentenwahl traf, trug „Superminister“ Wolfgang Clement (SPD) dabei ein Statement vor. Wegen dessen interessanten Inhalts druckt der HAUPTSTADTBRIEF die Ausführungen Clements vor dem Gremium hier ab – mit nur unwesentlichen Kürzungen.

- „**Staaten werden von Interessen** geleitet und diese Interessen sind für die Politik gegenüber anderen Staaten oder Regionen oftmals **dauerhafter** als die Amtszeit bestimmter Personen an der Spitze. Für die transatlantischen Beziehungen zwischen Deutschland, der Europäischen Union und den USA ist die **dichte wirtschaftliche Verflechtung** ein ausschlaggebender Interessenfaktor.

Keine der beiden Seiten kann sich erlauben, dieses dichte Netz von Handel, Investitionen und gegenseitigen Beziehungen zu zerreißen. Das haben die konfliktreichen Monate vor Beginn des Irak-Krieges eindrucksvoll **bewiesen**.

Sie alle wissen, dass die **USA** unser **wichtigster Handelspartner außerhalb** der Europäischen Union sind, umgekehrt ist Deutschland der **wichtigste Handelspartner der USA in Europa**. Im Jahr 2003 hatten wir ein beiderseitiges Handelsvolumen von rund 102 Milliarden Euro.

Der Bestand der deutschen **Direktinvestitionen** in den USA beläuft sich auf rund **160 Milliarden Euro**; der Wert der amerikanischen Direktinvestitionen in Deutschland beträgt rund **75 Milliarden Euro**.

Blicken wir auf die **Europäische Union**: Diese und die USA wickeln annähernd 20 Prozent ihres jeweiligen Handels miteinander ab. Das **Gesamtvolumen** der wechselseitigen Auslandsinvestitionen beträgt rund **750 Milliarden Euro**. Etwa **60 Prozent** der ausländischen Investitionen in den USA stammen aus der **Europäischen Union**; etwa **45 Prozent** aller US-Auslandsinvestitionen gehen **in die EU**.

Die enorme Bedeutung der gegenseitigen **Direktinvestitionen** ist durch eine kürzliche Studie von Hamilton und Quinlan nachdrücklich unterstrichen worden. Nur einige Beispiele:

- US-Unternehmen haben 2003 sieben Milliarden Dollar in Deutschland und 2,3 Milliarden Dollar in Frankreich investiert – trotz „Irak“!
- Unternehmen aus drei deutschen Bundesländern – Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen – haben im Jahr 2001 mehr in den USA investiert als im gesamten EU-Ausland.
- Die Investitionen der USA im Jahr 2003 betragen allein in Irland mit 4,7 Milliarden Dollar mehr als das Zweieinhalbfache der Investitionen der USA in China (1,7 Milliarden Dollar).
- Die Investitionen der USA in den Niederlanden in Höhe von 19,2 Milliarden Dollar allein in 2003 waren kaum geringer als die Gesamtinvestitionen der US-Unternehmen in ganz Asien (22,4 Milliarden Dollar).

Was sich zu Investitionen sagen lässt, können wir **auch beim Handel** konstatieren:

- Europa ist für amerikanische Konzerne der wichtigste Handelsmarkt der Welt, und zwar mit großem – und stark unterschätztem – Abstand. US-Unternehmen erzielen weiterhin etwa die Hälfte ihrer Auslandsgewinne in Europa.
- Tochtergesellschaften von US-Unternehmen konnten 2003 ihre Gewinne in Frankreich mehr als verdoppeln, in Irland sind sie um 45 Prozent, in Italien um 40 Prozent und in den Niederlanden um 24,5 Prozent gestiegen.
- 2003 war auch für Tochtergesellschaften europäischer Gesellschaften in den USA ein Jahr der Rekordgewinne. Trotz des starken Euro überstiegen die Einnahmen in Höhe von 46,4 Milliarden Dollar ohne weiteres die Werte von 2002 (32,2 Milliarden Dollar).

Und noch eine Zahl zu den **Arbeitsplätzen**:

- Der Großteil der Arbeitnehmer von US-Unternehmen in Übersee wird in **Europa** beschäftigt, nicht in Niedriglohnländern wie Mexiko, China und Indien. Von den annähernd 9,8 Millionen Arbeitnehmern, die im Jahr 2001 bei ausländischen Tochtergesellschaften US-amerikanischer Unternehmen beschäftigt waren, gingen ca. **43 Prozent** ihrer Tätigkeit **in Europa** nach.

Ich will hier abbrechen und Sie mit weiteren Zahlen verschonen. Aber ich denke: Diese **ökonomischen Faktoren**, sind für jede Administration in Washington **bestimmend**.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt einige **Problemfelder** der transatlantischen Beziehungen aufgreifen, die in der Vergangenheit Sorge bereitet haben.

Die **WTO-Runde**: Ich gehe davon aus, dass auch die neue US-Regierung einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf den **multilateralen Verhandlungsprozess** unter der Doha-Development-Agenda legen wird.



Clement
am Rednerpult.

Der **Rückschlag** von Cancún konnte durch die Annahme des sogenannten Juli-Pakets von Genf **überwunden** werden. Ich bin überzeugt, dass auch die neue Regierung in der Kontinuität dieser Entwicklung **weiterarbeiten** und ihren konstruktiven Beitrag für den Erfolg der **6. WTO-Ministerkonferenz** in Hongkong im Dezember 2005 leisten wird.

Um glaubwürdig zu sein, müssen die USA jetzt Veränderungen in ihrer **Landwirtschaftspolitik** vornehmen, vor allem die Exportkredite für Agrarausfuhren abschaffen. Das sollte **parallel** zum Auslaufen der Agrarexportsubventionen der Europäischen Union erfolgen.

Natürlich spielen auch **Personen** eine Rolle: Wichtig ist es, dass ein geeigneter Kandidat als **US-Handelsbeauftragter** ernannt wird. Die Zusammenarbeit zwischen Kommissar **Lamy** und dem US-Handelsbeauftragten **Zoellick** war geradezu **vorbildlich**. Mit dem **neuen** Handelskommissar **Mandelson** ist ein Partner ausgewählt worden, der es der US-Seite **leicht** machen sollte,

an diese positive Erfahrung anzuknüpfen. Ich habe vor wenigen Tagen mit Herrn Mandelson gesprochen und ihn auf unser Interesse an einem möglichst störungsfreien transatlantischen Verhältnis hingewiesen.

Ein Wort noch zu den **Handelsstreitigkeiten**: Ich möchte auch an dieser Stelle unterstreichen: Der überwiegende Teil unseres beiderseitigen Handelsvolumens wird **ohne größere Schwierigkeiten** abgewickelt.

Im Streitfall Foreign Sales Cooperation (FSC) sind die Chancen für eine Lösung immerhin gestiegen, nachdem die EU-Kommission ihre derzeitigen Sanktionen zunächst suspendiert hat.

Leider hat der US-Kongress aber die WTO-Beschlüsse zur Aufhebung des Anti-Dumping-Gesetzes von 1916 und zum Byrd-Amendment immer noch nicht umgesetzt. Hier müssen wir nach wie vor Druck machen.

Im jüngsten Streitfall **Airbus/Boeing** begrüße ich, dass die USA signalisiert haben, für ihre jüngsten Anträge zur Einleitung von Streitbeilegungsverfahren die Konsultationsphase von 60 Tagen intensiv nutzen zu wollen.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass wir den Konflikt **ohne Schärfe** austragen. Ich hoffe, dass sich beide Seiten vielleicht doch noch darauf einigen können, die Fragen der Flugzeugunterstützung wieder **bilateral**, also außerhalb des WTO-Rahmens, zu lösen. Wir müssen darauf achten, dass dieser Streit **nicht eskaliert**, sondern auf dem Verhandlungsweg wieder eingefangen wird.

Lassen Sie mich den Blick auch **auf andere Regionen der Welt** richten, in denen wirtschaftliche Interessen der Europäischen Union und der USA aufeinandertreffen:

Naher und Mittlerer Osten: Die Außenwirtschaftspolitik der USA gegenüber der Region Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten steht **im Dienst der US-Außenpolitik**, die sich dem Krieg gegen den Terrorismus verschrieben hat.

Auch wir haben selbstverständlich ein Interesse daran, in diesen Ländern **politische Reformen** anzustoßen, hin zu mehr Transparenz und Demokratie. Die Institutionen der Zivilgesellschaft müssen verbessert werden. Der **Privatsektor**, insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen, müssen gefördert und Auslandsinvestitionen verstärkt werden.

Das ist das Ziel der sogenannten „**Broader Middle East and North-Africa**“-Initiative, die auf dem letzten Weltwirtschaftsgipfel in Sea Island beschlossen worden ist. In Marokko soll voraussichtlich noch in diesem Jahr das erste Treffen des sogenannten „Forum for the Future“ unter Beteiligung der G8-Außen-, Finanz- und Wirtschaftsminister sowie deren Counterparts aus Ländern der Region stattfinden. Mit der **Aufhebung** der amerikanischen und europäischen Sanktionen gegen **Libyen** eröffnen sich in diesem Land wieder gute Wirtschaftsperspektiven.

Zum **Irak** laufen noch die Verhandlungen über eine Regelung der Altschulden im Pariser Club. Mit den USA sind wir uns über eine „**substantial debt reduction**“ einig; die Höhe des Schuldenerlasses ist noch Verhandlungssache. Im Übrigen ist die Verbesserung der Sicherheitslage im Irak **Voraussetzung** für **jedes** weiter gehende wirtschaftliche Engagement.

Iran hat sich im 1. Halbjahr 2004 zu unserem **größten Exportmarkt in der gesamten Region** „Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten“ entwickelt. Für europäische Unternehmen wird weiterhin die exterritoriale Erstreckung der US-Sanktionen bei Investitionen im Öl-/Gasbereich Irans ein **Stein des Anstoßes sein**, auch wenn ihre Beachtung in der EU ausdrücklich verboten ist.

Darüberhinaus zeichnen sich wegen des **iranischen Nuklearprogramms** im Augenblick nicht abschließend zu bewertende Risiken ab. Wir können nur hoffen, daß auf der nächsten Sitzung des IAEO-Gouverneursrates am 25. November 2004 mit Iran ein **befriedigender Kompromiss** ohne Einschaltung des VN-Sicherheitsrates gefunden wird.

Meine Damen und Herren ... meine **Reisepläne** für das kommende Jahr sind zwar noch nicht definitiv, aber angesichts der Bedeutung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen möchte ich auch im nächsten Jahr – sobald die neue US-Regierung steht – einen **Besuch in Washington** einplanen.“

Sie gehören dem Außenwirtschaftsbeirat beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit als Mitglieder an:

Dr.-Ing. E.h. Heinrich **Weiss**, Vorsitzender des Vorstandes der SMS-Gruppe, Düsseldorf; Josef Albert **Beckmann**, Präsident Gesamtverband der Textilindustrie, Eschborn; Dr.-Ing. Burckhard **Bergmann**, Vorsitzender des Vorstandes der Ruhrgas AG, Essen; Anton F. **Börner**, Präsident Bundesverband des Groß- und Außenhandels e.V. (BGA), Berlin; Ludwig Georg **Braun**, Präsident Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin; Hans-Michael **Gallenkamp**, Geschäftsführender Gesellschafter Felix Schöller Holding GmbH & Co KG, Osnabrück; Dr. Michael **Ganal**, Mitglied des Vorstands BMW AG, München; Dr. Hans-Dieter **Harig**, Vorsitzender des Vorstands E.ON Energie AG, München; Prof. Dr.-Ing. Hans-Olaf **Henkel**, Präsident Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, Berlin; Dr. Hans-Peter **Keitel**, Vorsitzender des Vorstandes Hochtief AG, Essen; Klaus **Lantzsch**, Geschäftsführender Gesellschafter FER Fahrzeugelektrik GmbH, Eisenach; Dr. Dieter **Lorenz-Meyer**, Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats Behn Meyer Holding AG, Hamburg; Jürgen J. **Maas**, Member of the Executive Board of Directors Chief Officer Merchandising & Procurement METRO Cash & Carry GmbH, Düsseldorf; Prof. Dr. Peter **Martin**, Geschäftsführer DURAG Industrie Elektronik GmbH, Hamburg; Bernard **Meyer**, Geschäftsführer Jos. L. Meyer Schiffswerft-GmbH, Papenburg/Ems; Claudia **Meyer**, DGB Bundesvorstand, Berlin; Andreas **de Maizière**, Mitglied des Vorstands Commerzbank AG, Frankfurt/Main; Dieter **Philipp**, Präsident Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Berlin; Ernst **Raue**, Mitglied des Vorstands Deutsche Messe AG, Hannover; Dr. Klaus **Rauscher**, Vorstandsvorsitzender Vattenfall Europe AG, Berlin; Konrad F. **Reiss**, Mitglied des Vorstandes Deutsche Telekom AG, Frankfurt am Main; Dr.-Ing. Dietrich **Russell**, Mitglied des Vorstands EADS – European Aeronautic Defence and Space Company, München; Dr. Henri **Schlömer**, Geschäftsführer Clariant GmbH, Sulzbach am Taunus; Dipl.-Ing. Wolfgang **Schmidt**, M.B.A., Geschäftsführender Gesellschafter Flanschwerke Bebitz GmbH, Bebitz; Frau Rosely **Schweizer**, MdL, Persönlich haftende Gesellschafterin Fa. Henkell & Söhnlein Sektkellerei KG, Murrhardt; Gerd **Sonnleitner**, Präsident Deutscher Bauernverband, Bonn; Frau Dr. Sabine **Stricker-Kellerer**, Rechtsanwältin Freshfields Bruckhaus Deringer, München; Dr. Alexander **von Tippelskirch**, Sprecher des Vorstandes der IKB, Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf; Dr. Peter **Traumann**, Vorsitzender Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V., Bonn; Dr. Klaus **Trützscher**, Mitglied des Vorstands Franz Haniel & Cie GmbH, Duisburg; Manfred **Walther**, Alleinvertretender Geschäftsführer Bad Düben Profilmalzmaschinen, Bad Düben; Clemens Freiherr **von Weichs**, Vorsitzender des Vorstandes der HERMES Kreditversicherungs-AG, Hamburg; Alexander **von Witzleben**; Mitglied des Vorstands Jenoptik AG, Jena; Prof. Dr.-Ing. Gerhard **Zeidler**, Vorsitzender der Vorstände DEKRA e.V. und DEKRA AG, Stuttgart.

Was die Deutschen nach der Wiederwahl des George W. Bush denken

Von Prof. MANFRED GÜLLNER



Schreibt für den
HAUPTSTADTBRIEF:
forsa-Chef
Prof. Manfred Güllner,
Berlin.

Nach der Wiederwahl von George W. Bush rechnet die große Mehrheit der Deutschen **nicht mit großen Veränderungen** im Regierungsstil der Bush-Administration. Und auch **nicht** mit wesentlich geänderten politischen **Akzenten**.

Umfragen, unmittelbar nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse von *forsa* erhoben, ergaben, dass **80 Prozent** aller Deutschen (weitgehend **unabhängig** von der Zugehörigkeit zu einzelnen sozialen Gruppen oder von politischen Orientierungen) glauben, Bush werde seine Arbeit **genauso** (nach Meinung der Deutschen überwiegend schlecht) machen **wie bisher**. Dass Bush seine Arbeit **besser** als bislang verrichten werde, glauben **nur 18 Prozent**.



Wiedergewählter
George W. Bush, Ehefrau.
Sie führt seinen
rechten Arm ...

An die These, Bush wolle in seiner Politik in Zukunft **mehr Rücksicht** auf die europäischen Verbündeten nehmen, glaubt nur eine Minderheit **von 21 Prozent**. Und nur **16 Prozent** der Deutschen rechnen damit, dass sich das deutsch-amerikanische Verhältnis in den nächsten vier Jahren mit Präsident Bush **verbessern** werde.

Vor diesem Hintergrund rät auch eine Mehrheit von **62 Prozent** der Deutschen der Bundesregierung in Berlin davon ab, **stärker als**

bisher auf die Bush-Regierung **zuzugehen**. Und weiterhin meint die übergroße Mehrheit (**86 Prozent**), die deutsche Bundesregierung solle bei ihrer Haltung im **Irak-Konflikt** bleiben und den USA nicht mehr Unterstützung anbieten als jetzt.

forsa ermittelte diese Ergebnisse repräsentativ im Auftrag des Magazins STERN sowie der deutschen TV-Networks RTL und n-tv.



Joschka Fischer, grünes (Ost-)Ampelmännchen – Schnapsschuss vom letzten Grünen-Parteitag in Kiel.

Die Grünen proben mehr Selbstbewusstsein – zum Ärger der SPD

Von Dr. JOACHIM RIECKER

Gerhard **Schröder** machte aus seinem **Unmut** keinen Hehl: „Wenn Sie sich mal anschauen, wie die **neue** grüne Parteiführung sich oft auch **gegen die eigene Regierungspolitik** zu profilieren sucht, dann zeugt das ja nicht von mangelndem Selbstbewusstsein“, verkündete der Kanzler Mitte November in einem Zeitungsinterview.

Offen wie noch nie seit Beginn der rot-grünen Koalition im Herbst 1998 hatte ihm wenige Tage zuvor die Führung der Grünen bei einer wichtigen Frage die **Gefolgschaft verweigert**: Geschlossen wandte sie sich gegen den **Plan** Schröders und seines Finanzministers Hans Eichel, zur vermeintlichen Ankurbelung des Wirtschaftswachstums den Nationalfeiertag **vom 3. Oktober** auf den jeweils ersten Sonntag im Oktober zu verschieben.

Das unverhüllte **Aufbegehren** der Grünen-Spitze gegen den Feiertags-Plan, von dem die grünen Partei- und Fraktionsvorsitzenden bei einer **Türkei-Reise** per SMS in Istanbul erfahren hatten, zeigt das **veränderte Kräfteverhältnis** in der rot-grünen Koalition. Während die SPD ihre **Schwächephase** noch immer nicht ganz überwunden hat, erklommen die Grünen seit der Bundestagswahl 2002 **mehrere Umfragehochs** und legten auch bei jeder Landtagswahl zu.

Mit ihrer prompten und klaren Reaktion **emanzipierten** sich die beiden Parteivorsitzenden Claudia Roth und Reinhard Bütikofer sowie die beiden Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt und Krista Sager auch noch **weiter von Außenminister Joschka Fischer**, der lange als **Übervater** und heimlicher Chef der Partei galt.

Zwar wird Fischer im nächsten Bundestagswahlkampf wieder eine **zentrale Rolle** für die Grünen spielen, doch entscheidet das Führungsquartett tagespolitische Fragen mittlerweile **auch ohne ihn**. Vorbei sind auch die Zeiten, als die traditionellen Doppelspitzen von grüner Fraktion und Partei stets **so zerstritten** waren, dass es zu einem Machtwort Fischers gar **keine Alternative** gab.

Während die Debatte um Agenda 2010 und Hartz IV die **SPD** immer wieder vor **Zerreißproben** stellte, konnten sich die Grünen in der Koalition sogar **als Reformkraft** profilieren. Für noch **heftigeren** Verdruss als beim Kanzler sorgt dies gelegentlich bei der **SPD-Linken**. „Wenn ich Katrin Göring-Eckardt höre, die mit evangelisch-pietistischem Unterton in der Stimme härtere Einschnitte fordert, **kriege ich zuviel**“, entfuhr es beispielsweise im Sommer dem zum linken Parteiflügel zählenden Fraktionsvize **Michael Müller**.

Dass den Grünen weder die Praxisgebühr noch die Rentenkürzungen oder Hartz IV geschadet haben, ist **vor allem** darauf zurückzuführen, dass die Wähler und Sympathisanten der Grünen von Einschnitten ins soziale Netz in der Regel **weit weniger hart** betroffen sind als große Teile der SPD-Anhängerschaft. So haben Parteienforscher unlängst festgestellt, dass die Wähler der Grünen über ein **höheres Durchschnittseinkommen** verfügen als die Wähler **aller anderen** Parteien – selbst die der FDP.

Ihren bislang **spektakulärsten** Erfolg fuhren die Grünen bei der Europawahl im Juni ein, als sie bundesweit 11,9 Prozent (+ 5,5 Prozent) erreichten und in Großstädten wie Berlin und München noch vor der SPD auf dem **zweiten Platz** lagen.

Die **Renaissance** der einstigen Alternativ-Partei ist umso **erstaunlicher**, als die Grünen von Anfang 1998 bis zur Bundestagswahl 2002 eine **Schwächephase** durchmachten, in der ihnen von vielen Kommentatoren das **nahe politische Ende** vorausgesagt wurde. Generationenprojekt, **Auslaufmodell**, Mehrheitsbeschaffer für die SPD lauteten die entsprechenden Stichworte, als die Partei Wahl um Wahl verlor und auch in bundesweiten Umfragen immer wieder **bedenklich nahe** an die Fünf-Prozent-Hürde rutschte.

Doch seit die Grünen in einem ganz auf Joschka Fischer zugeschnittenen Bundestagswahlkampf 2002 überraschend erfolgreich waren und den **Hauptkonkurrenten FDP** trotz dessen hoch fliegender **18-Prozent-Pläne** klar **hinter sich** ließen, hat sich das Blatt gewendet.



Ebenfalls ein Schnappschuss: Idylle bei einer Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Dresden.

So lassen auch Gerhard Schröder und SPD-Chef Franz Müntefering trotz gelegentlicher Kritik an **grüner Aufmüpfigkeit** keinen Zweifel daran, dass die SPD mit einer klaren **Koalitionsaussage für die Grünen** in den Bundestagswahlkampf 2006 ziehen wird. Dabei soll die personelle Alternative **Schröder/Fischer** zu **Merkel/Westerwelle** aus Sicht der rot-grünen Strategen die **zentrale Rolle** spielen.

Wie pragmatisch und **machtbewusst** die Grünen mittlerweile geworden sind, zeigt sich auch an ihrem Verhältnis zu Innenminister **Otto Schily** (SPD). Der zu **cholerischen Ausfällen** neigende Senior

am Kabinetttisch macht aus seiner **tiefen Abneigung** gegen die Grünen, denen er bis 1989 selbst angehörte, selten ein Geheimnis. **Realitätsverweigerung** und **TraumtäNZerei** gehören noch zu den **milderen** Vorwürfen des Innenministers an den kleineren Koalitionspartner.

Doch die grüne Führungsspitze erträgt Schilys Provokationen **meist klaglos**, weil sie weiß, dass die Regierung in Zeiten terroristischer Bedrohung bei der inneren Sicherheit **Stärke zeigen** muss. „Wir haben **viel Verständnis für Schilys Sorge**, wirklich alles dafür zu tun, um in Deutschland einen Anschlag zu verhindern“, sagte ein führender Grüner kürzlich in vertraulicher Runde.

Und CSU-Landesgruppenchef Michael **Glos** stellte zur gleichen Zeit **mit Bedauern** fest, Schily könne mit den Grünen **viel härtere Sicherheitsgesetze** durchsetzen als es einem Innenminister der Union je mit der FDP möglich wäre ...

Die Parteipräferenzen im Bund

Mal Auf, mal Ab bei Union, SPD und PDS

| | SPD | CDU/CSU | FDP | Grüne | PDS |
|---------------------------|-------------------------|-------------|------------|------------|------------|
| | Alle Angaben in Prozent | | | | |
| Bundestagswahl* | 38,5 | 38,5 | 7,4 | 8,6 | 4,0 |
| Umfragewerte in Woche ... | | | | | |
| 12. (15.3.-19.3.) | 26 | 48 | 6 | 12 | 5 |
| 13. (22.3.-26.3.) | 27 | 47 | 6 | 11 | 5 |
| 14. (29.3.-2.4.) | 27 | 47 | 6 | 11 | 5 |
| 15. (5.4.-9.4.) | 28 | 47 | 6 | 11 | 5 |
| 16. (12.4.-16.4.) | 27 | 47 | 6 | 11 | 5 |
| 17. (19.4.-23.4.) | 27 | 47 | 6 | 12 | 4 |
| 18. (26.4.-30.4.) | 27 | 46 | 7 | 11 | 5 |
| 19. (3.5.-7.5.) | 27 | 46 | 7 | 11 | 5 |
| 20. (10.5.-14.5.) | 26 | 47 | 6 | 12 | 5 |
| 21. (17.5.-21.5.) | 26 | 46 | 7 | 12 | 5 |
| 22. (24.5.-28.5.) | 27 | 48 | 7 | 10 | 4 |
| 23. (31.5.-4.6.) | 28 | 46 | 7 | 11 | 5 |
| 24. (7.6.-11.6.) | 27 | 45 | 7 | 12 | 5 |
| 25. (14.6.-18.6.) | 24 | 45 | 8 | 13 | 6 |
| 26. (21.6.-25.6.) | 24 | 45 | 8 | 12 | 6 |
| 27. (28.6.-2.7.) | 24 | 45 | 9 | 12 | 6 |
| 28. (5.7.-9.7.) | 23 | 46 | 8 | 12 | 6 |
| 29. (12.7.-16.7.) | 25 | 44 | 7 | 13 | 6 |
| 30. (19.7.-23.7.) | 26 | 43 | 7 | 13 | 6 |
| 31. (26.7.-30.7.) | 25 | 44 | 7 | 13 | 6 |
| 32. (2.8.-6.8.) | 26 | 43 | 8 | 13 | 6 |
| 33. (9.8.-13.8.) | 24 | 43 | 8 | 13 | 7 |
| 34. (16.8.-20.8.) | 26 | 42 | 8 | 13 | 7 |
| 35. (23.8.-27.8.) | 26 | 42 | 8 | 12 | 7 |
| 36. (30.8.-3.9.) | 27 | 41 | 8 | 13 | 6 |
| 37. (6.9.-10.9.) | 27 | 41 | 8 | 12 | 7 |
| 38. (13.9.-17.9.) | 28 | 41 | 8 | 11 | 7 |
| 39. (20.9.-24.9.) | 29 | 39 | 8 | 12 | 7 |
| 40. (27.9.-1.10.) | 29 | 40 | 8 | 12 | 6 |
| 41. (4.10.-8.10.) | 31 | 39 | 8 | 11 | 6 |
| 42. (11.10.-15.10.) | 33 | 38 | 8 | 11 | 5 |
| 43. (18.10.-22.10.) | 33 | 38 | 8 | 12 | 4 |
| 44. (25.10.-29.10.) | 33 | 38 | 8 | 11 | 5 |
| 45. (1.11.-5.11.) | 32 | 39 | 8 | 11 | 5 |
| 46. (8.11.-12.11.) | 31 | 40 | 8 | 11 | 5 |
| 47. (15.11.-19.11.) | 31 | 38 | 9 | 11 | 6 |

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch **wöchentliche** Befragung von in der Regel **rund 2500** wahlberechtigten Deutschen.

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2002

Quelle: forsa

„Zeit der Morgenröte“: Viele Exponate verließen Japan noch nie zuvor

Im **Martin-Gropius-Bau** in der Niederkirchnerstraße (Berlin-Kreuzberg) geht für die kommenden zweieinhalb Monate **die Sonne auf**: Am 20. November 2004 wurde dort unter dem Titel „**Die Zeit der Morgenröte**“ eine einzigartige Ausstellung eröffnet, die noch bis zum **31. Januar 2005** zu sehen ist. Mehr als **1500 Objekte** von 55 Museen und Institutionen in Japan sind hier zu betrachten, von denen der Großteil bisher **noch nie im Ausland gezeigt** wurde.

Weltweit zum ersten Mal widmet sich diese Ausstellung der gesamten Frühgeschichte der japanischen Inselwelt, von den frühesten Besiedlungsspuren bis zu den ersten Palästen der japanischen Kaiser. So reicht der Zeitrahmen von der ersten Besiedlung Japans **vor mindestens 40 000 Jahren** bis zur Einführung des Buddhismus **im 6. Jahrhundert**.

Die Initiative für diese nicht nur **künstlerisch**, sondern vor allem **kulturgeschichtlich** bestechende Ausstellung ging von den **Reiss-Engelhorn-Museen** für Archäologie und Völkerkunde in Mannheim aus.

In deren Auftrag war der in Deutschland und Japan lebende Kurator Werner **Steinhaus** über mehr als **sechs Jahre** beschäftigt, um in Zusammenarbeit mit dem japanischen Amt für Kulturelle Angelegenheiten (Bunkacho) und dem Forschungsinstitut für Kulturgüter der Stadt Nara die Unmenge von Exponaten zu sichten, für die **Überführung** nach Berlin zu sorgen und das **Ausstellungskonzept** zu entwerfen.

So werden in einem chronologischen Aufbau in der ersten Etage des Martin-Gropius-Baus zunächst primitive **Steinwerkzeuge** aus der japanischen Frühgeschichte gezeigt, dann **Töpfe und Keramiken**



„Zeremonialschuhe“ aus vergoldetem Kupferblech. Sie haben auch an den Sohlen bewegliche Goldplättchen (außerdem je neun spitze Nägel). Die Schuhe wurden nicht zum Gehen getragen, sondern dienten einem verstorbenen König im Grab als Fußbekleidung (Anfang des 6. Jahrhunderts n. Chr.).

über alle Epochen, **Tonstatuetten** und **sakrale** Gegenstände sowie **Grabbeigaben, Rüstungen** und **Waffen** aus der Kofun-Zeit (3.-5. Jahrhundert n. Chr.) und schließlich **Schmuck** und **Kleider** aus der Abschlussphase der Ausstellung, der sogenannten Asuka- und Nara-Zeit (7./8. Jh. n. Chr.).

So sehr das heutige Japan von technologischem Fortschritt und wirtschaftlicher Expansion geprägt ist, so wichtig nehmen es die Japaner mit der **Entdeckung ihrer Vergangenheit**. Mit fast **7000 Archäologen** besitzt das Inselreich ein gewaltiges Ausgrabungs- und Denkmalwesen, das Besucher aus anderen Ländern immer wieder **in Erstaunen** versetzt.

Fast täglich wird in der japanischen Presse über **aktuelle Grabungsergebnisse** berichtet. Öffentliche Begehungen ziehen Hunderte, manchmal Tausende Menschen an, die **geduldig in langen Schlangen** warten, um einen Blick auf die Reste einer Siedlung oder von Gräbern erhaschen zu können.

Die japanische Archäologie zählt heute **weltweit zu den modernsten** ihrer Art und hat in den vergangenen 40 Jahren eine **beispiellose Erfolgsgeschichte** geschrieben. Die aktuelle Ausstellung ist auch eine Bilanz der Ergebnisse und spektakulären Funde der Nachkriegszeit, die über Japans Landesgrenzen hinaus bisher **wenig beachtet** und bekannt, jedoch ein **bedeutender Faktor** für das historische Selbstverständnis im heutigen Japan geworden ist.

Übrigens: „Die Zeit der Morgenröte“ wird **erst in Berlin** und **anschließend in Japan** ausgestellt. Wer es also nicht schafft, bis Ende Januar 2005 in den Martin-Gropius-Bau zu kommen, kann sie sich **ab März 2005** im japanischen **Nara** ansehen. Im Rahmen des deutsch-japanischen Kulturaustausch wird sie dort gleichzeitig mit einer **großen Deutschland-Ausstellung** präsentiert. Tobias v. Schoenebeck

| IMPRESSUM | DER HAUPTSTADTBRIEF |
|--|--|
| erscheint seit Oktober 1999 | monatlich |
| Herausgeber | Detlef Prinz |
| Redaktionelle Konzeption und Chefredaktion | Bruno Waltert |
| Bildredaktion | Paul Maria Kern |
| Gestaltung | Witt & Kern.Design |
| Titelfoto | SMCA – Sammlung Costacis, Thessaloniki |
| Satz und Bildbearbeitung | Manuel Schwartz, Mike Zastrow, HAUPTSTADTBRIEF |
| Anzeigen | es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom Januar 2004 |
| Verlag | HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH |
| | Inhaber: Detlef Prinz, Verleger |
| | Tempelhofer Ufer 23/24, 10963 Berlin |
| | Telefon 030 - 21 50 54 00, Fax 030 - 21 50 54 47 |
| | info@derhauptstadtbrief.de |
| Druck | druckpunkt Druckerei Repro GmbH, Potsdamer Straße 85, 10785 Berlin-Tiergarten |
| Redaktionsschluss | 22. November 2004 |

Wiedergabe von Beiträgen aus dem HAUPTSTADTBRIEF, auch auszugsweise,
nur nach schriftlicher Genehmigung der Redaktion – und stets mit der Quellenangabe:
© DER HAUPTSTADTBRIEF Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.

Im Land Brandenburg hat sich jetzt viel verändert

Von Dr. JOACHIM RIECKER

Das Gespräch war ebenso **kurz wie kühl**: „Steffen, ich werde dich **nicht mehr** zum Minister berufen“, teilte Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck dem noch amtierenden SPD-Bildungsminister Steffen **Reiche** (44) kurz nach der letzten Landtagswahl im September bei einem Treffen in der Potsdamer Staatskanzlei mit.

Reiche war **nicht irgendwer** in der Potsdamer Landesregierung – er gehörte zu den **Gründungsmitgliedern** der DDR-SPD im Oktober 1989 und war für **lange Jahre Chef** der Landes-SPD. Als **Trostpflaster** versprach ihm der Ministerpräsident beim Abschied nur, ihn **2006** in den Bundestag zu schicken.

Platzeck, der im Sommer 2002 in Potsdam Nachfolger des heutigen Bundesbauministers Manfred Stolpe wurde, **trennte** sich vor allem deshalb von Reiche, weil er seinen **schwer errungenen Erfolg** bei der Landtagswahl am 19. September zu einem **grundlegenden Neuanfang** nutzen will.



Neue alte Koalitionspartner Platzeck (SPD) und Schönbohm (CDU), hier bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags in Potsdam. Herzlichkeit sähe wohl anders aus ...

Nach einem **harten**, von der im Osten besonders unpopulären Hartz-IV-Reform geprägten Wahlkampf war es der SPD gelungen, trotz eines Verlusts von 7,4 Prozentpunkten mit **31,9 Prozent** (PDS 28 Prozent, CDU 19,4 Prozent) **doch noch** stärkste Partei im Landtag zu werden. Das gilt auch deshalb als Erfolg Platzecks, weil es **lange den Anschein** hatte, als würde die **PDS** in Brandenburg erstmals in einem ostdeutschen Bundesland sowohl an der CDU als auch an der SPD **vorbeiziehen** können.

Die **Stolpe-Zeit** ist in Brandenburg endgültig passé; **Schlüsselstellungen** in der neuen Landesregierung werden jetzt von den beiden **wichtigsten Vertrauten** Platzecks eingenommen, Rainer **Speer** und Günther **Baaske**. Speer, bislang Chef der Staatskanzlei, übernahm das Finanzministerium, um die **Sanierung des Landeshaushalts** in Angriff zu nehmen. Das wird umso schwieriger, als auch Brandenburg ab 2007 von der schrittweisen Reduzierung des Solidarpakts betroffen sein wird. Und Baaske, der als Sozialminister im Wahlkampf **unablässig** die Hartz-IV-Reform erklärte, führt jetzt die Landtagsfraktion.

Beschlossen wurde die neue Aufgabenverteilung bereits am **Tag nach der Wahl**, als sich die Brandenburger SPD-Troika – allesamt **Fußballfans** – in der Potsdamer „Platanenklausur“ traf, dem **Vereinslokal** des Fußball-Oberligisten SV Babelsberg 03.

Wie schon im Wahlkampf, als er immer wieder die **Flexibilität** und **Anpassungsbereitschaft** der **Menschen in den neuen Ländern** lobte, setzt Platzeck auch jetzt auf ein ausgeprägtes **Ost- und Brandenburg-Bewusstsein**. „Ich lege Wert darauf, dass an den wichtigen Schaltstellen des Landes auch **Menschen aus dem Land** sitzen“, sagte er nach der Wahl in einem Interview. Nach der Wende habe man in Brandenburg „zu **viel Hoffnung** in auswärtiges Personal gesetzt“.

Ost-West-Normalität sei für ihn, Platzeck, jedenfalls erst erreicht, „wenn beispielsweise der erste Sachse oder Brandenburger **Justizminister in Hessen** wird“.

Spürbar **entspannt** hat sich seit der Wahl das Verhältnis zwischen **Platzeck** und seinem alten und neuen Koalitionspartner, CDU-Landeschef Jörg **Schönbohm**. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die **Rangordnung** zwischen beiden jetzt geklärt ist. Schönbohm, der als ehemaliger Bundeswehrgeneral an **Hierarchien** gewöhnt ist, war lange der Überzeugung, dass er Platzeck und die SPD bei der Wahl **schlagen** könne.

Seit sich diese Hoffnung als **Total-Illusion** erwiesen hat, fügt sich Schönbohm – mittlerweile der **einzige** verbliebene **West-Import** am Kabinetttisch – ins Unvermeidliche.

Anstatt wie früher Platzbeck durch **martialische Sprache** („Wir haben die Sturmausgangsstellung eingenommen“) oder **unabgestimmte Vorstöße** zu provozieren, konzentriert er sich jetzt lieber darauf, die **Verjüngung** seiner Partei voranzutreiben.

So machte er den 40-jährigen Thomas **Lunacek** zum Fraktionsvorsitzenden und den 37-jährigen Sven **Petke** zum Generalsekretär der märkischen CDU. Beide gelten als politische Talente, die im Laufe der Legislaturperiode den mittlerweile 67-jährigen Schönbohm als CDU-Landesvorsitzenden **ablösen** könnten. Niemand rechnet damit, dass der in fünf Jahren noch einmal als Spitzenkandidat antreten wollte.



Petke ist übrigens Ehemann der Bundestagsabgeordneten **Katherina Reiche** (31), die nach ihrer überraschenden Berufung in das „**Kompetenzteam**“ von Kanzlerkandidat Edmund Stoiber im Sommer 2002 zwar wieder etwas in der politischen Versenkung verschwunden ist, aber noch immer als Nachwuchshoffnung der CDU gilt.

Bei den Koalitionsverhandlungen zeigte sich allerdings auch wieder eine **alte Schwäche Schönbohms**: unter Druck neigt er bisweilen zu **unüberlegten** Handlungen und Äußerungen. So spekulierte er tagelang darüber, das Wirtschaftsministerium zu übernehmen und **brüskierte** damit den CDU-Amtsinhaber Ulrich Junghanns.

Das gibt es nur in Brandenburg: Eine Nicht-Juristin als Justizminister. CDU-Chef Schönbohm wollte es so. Und Beate Blechinger (CDU), hier am Telefon, sagte ja.

Und auf **noch größeren Unmut** stieß seine offenbar spontan getroffene Entscheidung, die **juristisch völlig unbeleckte** ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende **Beate Blechinger** zur Justizministerin zu machen. Brandenburg ist damit das **einzige** Bundesland, in dem ein **Nicht-Jurist** dieses Ressort leitet ...

Kulturpolitik nach Schildbürger-Art – und ein spätes Happy-End

An der **Berliner Kulturpolitik** kann man gelegentlich einfach nur verzweifeln. Ein **klarer Kurs**, eine **gerade Linie** sind oft nicht auszumachen. Wie unter **diversen** Kulturverwaltern und **verschiedenen** Koalitionen agiert und reagiert wurde, glich oft **eher einer Fieberkurve**. Zackig und im Auf und Ab. Auf wirklich hauptstädtische **Aufschwünge** folgte stets auch ein krasser **Absturz**.

Gerade sonnte sich die Stadt im **MoMA-Glanz** (und profitierte dabei von privatem Engagement), da gelingt es einem Senator, frisch gewonnenes Renommee durch ungeschicktes **Taktieren** und **Finasieren** bei der Suche nach dem Operndirektor wieder zu **zerstören**.

Ein Scherbenhaufen **verletzter Gefühle** und **beschädigter Bewerber** bleibt zurück. Da muss sogar der Regierungschef Wowereit die Reißleine ziehen und auf Distanz gehen zu seinem Kulturverwalter **Flierl** von der **PDS**.

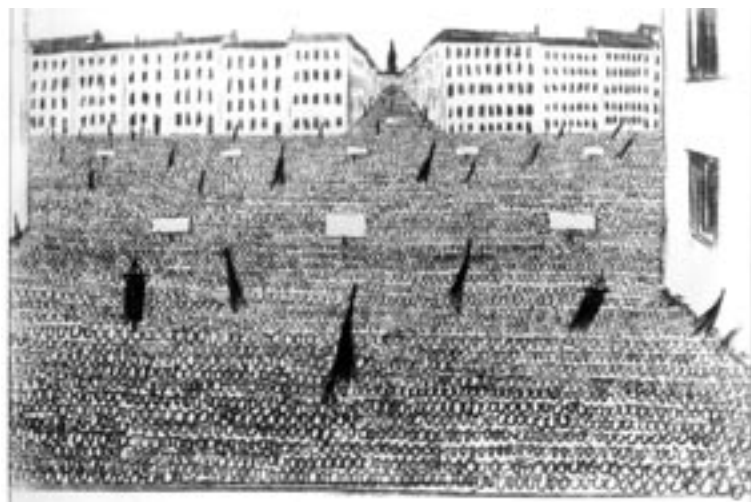
Soweit, **so schlecht**. Aber dann gibt es ja auch – andererseits – jene **Glücksfälle**, da ein großer Topf ganz unerwartet seinen Deckel findet, da eine Odyssee endlich im sicheren Hafen endet, da Schluss ist mit jahrzehntelangen Querelen **schlechtberliner Hinhaltetaktik**. Und am Ende gehen Bürgermeister und Senator Hand in Hand zu einer Einweihung und freuen sich über das, was doch noch zu einem **guten Ende** fand.

Jüngstes Beispiel aus dieser **wundersamen** Kulturlandschaft: die **Berlinische Galerie**. An einem neuen festen Ort kann das Berliner Landesmuseum für Moderne Kunst, Fotografie und Architektur nun beweisen, dass es **neben anderen** Institutionen mit lokalen Beständen seine Existenzberechtigung hat. Dass es sie **immer schon** hatte, seit die Berlinische Galerie 1975 von Eberhard **Roters** als privater Verein gegründet wurde und zunächst gastweise in der Akademie der Künste und in der Jebensstraße hinterm Bahnhof Zoo Fuß fasste.

Ziel war die Sammlung **originärer Berliner Kunst** – von Lesser Ury bis Hannah Höch, von den Dada-Rebellen bis zu den Realisten der Nachkriegs- und Blockadezeit. Es gab **viel zu sammeln**, packen wir's ein. Irgendwie muss irgendwann die Berlinische Galerie, die immerhin von 1986 bis 1997 im Martin-Gropius-Bau ein respektables Quartier gefunden hatte, aus dem **behördlichen Wohlwollen** und wohl auch aus dem **Bewusstsein** der Öffentlichkeit gefallen sein.

Als **Fundus**, aus dem sich **Senatsmitglieder** und mittlere Chargen die Bürowände mit hiesiger Kunst verschönern konnten, war die Sammlung auch zwischendurch **gut genug**.

Das Stadtmuseum Berlinische Galerie verfügt immerhin über Werke von **Liebermann** und **Leistikow**, Otto **Dix**, Conrad **Felixmüller**, Hans **Baluschek**, Carl **Hofer**, Felix **Nussbaum** und Jeanne **Mammen**, Werner **Heldt** und Alexander **Camaro**. Es nennt 2500 Architekturmodelle sein Eigen, besitzt das Erbe von 200 000 Aufnahmen des berühmten Fotografen Erich Salomon.



Werner Heldt, Aufmarsch der Nullen (Meeting); um 1933/34.

Nach 1997 wurde die Berlinische Galerie zum **Museum auf Reisen**, zur Sammlung in Kisten. Leihgaben nach auswärts sorgten dafür, dass Berliner Malerei, Plastik und Graphik **wenigstens jenseits** der Landesgrenzen präsent war. Und dann gab es noch sogenannte Experten, die sich mit negativer Einschätzung um **Kopf und Kragen** gutachteten. Immerhin hatte die Institution in Jörn **Merkert** einen leidenschaftlichen und einfallsreichen Direktor, der seine Schätze zusammenhielt und immer neue Versuche machte, ein **festes Heim** für Berliner Kunst in Berlin zu finden.

Am hoffnungsvollsten waren in den letzten Jahren die Ansätze, im früheren **Postfuhramt** in der Oranienburger Straße und in den alten Bierkellern der **Schultheiß-Brauerei** am Kreuzberger Viktoria-park unterzuschlüpfen. Manchmal stand man kurz vor einer positiven Entscheidung, aber eben nur **kurz davor**. Kulturpolitik nach Art von Kötschenbroda: **Immer langsam voran**.

Dass Merkert und seine Mitstreiter angesichts dieser „Irrungen und Wirrungen“ nicht die Lust und Laune verloren, ist ein **wahres Wunder**. Dass sie nach dem „**langen Gang durch die Wüste**“ im Gegenteil noch einmal richtig zulangten, als sich eine weitere, die nun **wohl letzte Chance** bot, ein ehemaliges Glaslager an der Alten Jakobstraße in Mitte zu okkupieren, ist wirklich ein Leistung.

Auf halbem Weg zwischen Märkischem und Jüdischem Museum findet sich das neue Kunstquartier. Für vergleichsweise bescheidene **18,7 Millionen Euro** hergerichtet. **Schon als Bau** eine Sehenswürdigkeit mit dem weiten lichten Innern und den sich kreuzenden Treppen. Eine Halle von 1000 Quadratmetern, **bis zu elf Meter hoch**. Viel Platz, viele Variationsmöglichkeiten. Viel Kunst in einer von Kultur nicht gerade verwöhnten Gegend. An Berlin und den Berlin-Touristen ist es nun, für „**Leben in der Bude**“ zu sorgen.

Die Eröffnungsreden sind verrauscht, die Scheinwerfer der Übertragungen **abgeschaltet**. Alles hat seinen guten Schluss und frischen Anfang gefunden. Aber so ganz solle **nicht** vergessen werden, wie es damals zugeht in **Berlin-Schilda**, als die Ratsherren nicht gleich ein ganzes Rathaus errichteten, aber doch eine nette Kunsthalle zu etablieren versuchten.

Dieter Strunz

Alte Jakobstraße 124-128,
10969 Berlin.
Tel: 78 90 26 00.
www.berlinischegalerie.de
Montags bis sonnabends
12 bis 20 Uhr,
sonntags 10 bis 18 Uhr.



Der Leipziger Platz um 1928.
Die Octogon-Form
ist klar zu erkennen.

Der Leipziger Platz – er soll nun im Jahr 2005 fertiggestellt sein

Rückkehr zur alten Form des Octogon

Von TOBIAS v. SCHOENEBECK

Noch verirren sich nur **wenige** auf den **Leipziger Platz**, der sich zurzeit – im Vergleich zum gegenüberliegenden Potsdamer Platz – noch **zerklüftet** und **unfertig** präsentiert. Dabei ist eine Begehung des Areals, das den **Abschluss** der von Osten kommenden Leipziger Straße bildet, **gerade jetzt** sehr interessant, weil sich hier die Renaissance eines der schönsten Plätze Berlins **in ihrem Prozess** erleben lässt.

Im **Gegensatz** zum Potsdamer Platz, wo die verschiedenen Quartiere von DaimlerChrysler, Sony und Beisheim städtebaulich **völlig neue** Anlagen sind, entsteht durch die aktuelle Bebauung am Leipziger Platz **die historische Form des Achtecks** wieder, die den Platz schon ursprünglich so **einzigartig** wirken ließ.

Der Leipziger Platz entstand in den Jahren **1734 – 1736** im Rahmen der **barocken** Stadterweiterung Berlins, die während der Herrschaft des **Großen Kurfürsten** (1640-88) begonnen und unter der Regie des **Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I.** abgeschlossen wurde.

Auf **dessen** Veranlassung wurden an den westlichen und südlichen Eingängen nach Berlin **drei repräsentative Entrees** geschaffen, die in streng geometrischer Form angelegt und entsprechend benannt wurden: am Brandenburger Tor das „**Quarrée**“, wie der heutige Pariser Platz damals hieß, am Halleschen Tor das „**Rondell**“ (der heutige Mehringplatz) und am Potsdamer Tor das „**Octogon**“, der heutige Leipziger Platz.

Die **achteckige** Form wies dem Leipziger Platz eine **besondere** Stellung zu. Quadratische, viereckige und runde Plätze sind übliche Platzformen. Achteckige Plätze sind jedoch **sehr selten** und in der barocken Stadtplanung in Europa kaum vertreten.

Möglicherweise war die Stadtplanung unter Friedrich Wilhelm I. stark dem Gedanken der „**architectura sacra**“ verpflichtet. Dieser als christlich verstandenen Theorie zufolge war die Architektur jene Wissenschaft, die **direkt von Gott** kam; dieser habe den Plan für den Tempel in Jerusalem – **ein Achteck!** – vorgegeben.

Die Umsetzung dieses Gedankens mittels einer aktiv betriebenen Baupolitik scheint für den **calvinistisch-pietistisch** geprägten Soldatenkönig zu einem Leitmotiv geworden zu sein. Die Anlage des Leipziger Platzes, wo die Könige von Potsdam nach Berlin einritten, ist somit in seiner ursprünglichen Form wohl als **Reminiszenz an das „himmlische Jerusalem“** zu verstehen.

An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert wurde der Platz mit **prächtigen Palais** umbaut. Seinen derzeitigen Namen erhielt der **Leipziger Platz 1814** eingedenk des Sieges über Napoleon in der Völkerschlacht bei Leipzig (1813). Karl Friedrich **Schinkel** ließ das alte Potsdamer Tor abreißen und an dessen Stelle **zwei Torhäuser** errichten.

Die jetzt errichteten neuen Eingänge zum demnächst fertigen, unterirdisch angelegten **Regionalbahnhof „Potsdamer Platz“** stehen übrigens **genau dort**, wo die Schinkelschen **Torhäuser** gestanden haben – eine aktuelle Reminiszenz an die historische Stadtanlage.

Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts setzte eine **Verstädterung** der westlichen Vorstadtbereiche Berlins ein, die auch zur Bildung der **Doppelplatzanlage Leipziger/Potsdamer Platz** führte. Sie entwickelte sich bald zum **Brennpunkt** der damaligen Innenstadt Berlins. Das hatte allerdings auch zur Folge, dass sich die architektonische Gestaltung des Platzes **stark veränderte**. Die gediegenen Wohnhäuser wurden zunehmend von repräsentativen **Geschäfts- und Hotelbauten verdrängt**.

1892/93 entstand das „**Palast Hotel**“, 1906/07 das Hotel „**Fürstenthof**“. Nach einem Entwurf des Architekten Alfred Messel wurde 1897 bis 1904 das an den Leipziger Platz grenzende **Großkaufhaus Wertheim** erbaut. Es bot eine Verkaufsfläche von 18 860 Quadratmetern und war damals das **größte Warenhaus Europas**. Allein dessen Schaufensterfront war **330 Meter** lang.

Durch den Bombenhagel und die Einwirkungen des „Endkampfes“ im **Zweiten Weltkrieg** versank die Pracht des Leipziger Platzes in **Schutt und Asche**. Die Auswirkungen des **Kalten Kriegs** machten dem Platz **völlig den Garaus**: Nachdem er sich durch den Mauerbau 1961 plötzlich im Niemandsland (Todesstreifen) zwischen Ost- und Westgrenze befand, wurden die Reste der Bebauung endgültig beseitigt. Lediglich **Bordsteinkanten** und **Fahrbahnsuren** gaben noch einen Eindruck davon, dass sich hier einmal **einer der schönsten Plätze Berlins** befunden hat.

Am 11. November 1989, nur **zwei Tage** nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze, wurden die **Mauersegmente**, die den Leipziger vom Potsdamer Platz trennten, entfernt. Der Straßenzug über die Leipziger Straße und den Potsdamer Platz wurde zu einer der **ersten zusätzlichen Ost-West-Verbindungen**.



Schematische Darstellung des künftigen Leipziger Platzes. Die Zahlen markieren die Grundstücksaufteilung.

Zwei Jahre später, am 1. Oktober **1991**, wurde für den gesamten Bereich ein **städtebaulicher Wettbewerb** zugunsten des Entwurfs der Architekten **Hilmer** und **Sattler** entschieden. Damit wurde das **Startsignal** für die Wiederbebauung **beider Plätze** gegeben. Doch während hien (am **Potsdamer Platz**) die Bauarbeiten **flott** vorangingen, geschah drüben (am **Leipziger Platz**) **erschreckend wenig**.

Als im Oktober 1998 das komplett realisierte, 68 000 Quadratmeter große **DaimlerChrysler Areal** der Öffentlichkeit übergeben wurde, stand auf dem Leipziger Platz gerade ein Gebäude: das **Mosse-Palais**. Die jüdische Verleger-Familie Mosse war in den 30er Jahren vom NS-Regime enteignet worden.

Nun war das neue Stadtpalais nach Plänen von Hans **Strauch**, einem Urenkel des Verlegers Rudolf Mosse, gebaut worden. Das östlich an das Mosse-Palais grenzende **ehemalige Wertheimgelände** zwischen Wilhelm-, Voß-, Leipziger Straße und Leipziger Platz war 1995 von der **TLG** (Treuhand Liegenschaftsgesellschaft) an das Münchner Ehepaar Isolde und Peter **Kottmair** verkauft worden, das dort einen von Aldo **Rossi** entworfenen Wohn-, Büro- und Einkaufskomplex realisieren wollte.

Doch **bevor** es dort zum ersten Spatenstich kam, **scheiterte** das Projekt bereits zwei Jahre später. 1997 erlitt der italienische Chefplaner einen **tödlichen Autounfall**, womit die treibende architektonische Kraft für das Projekt verloren war. Außerdem konnten die Kottmairs damals die **Finanzierung** nicht beibringen.

Auf der links an das Mosse-Palais grenzenden und der gegenüberliegenden Seite gelang es dem Land Berlin als größtem Grundstückseigner **erst 1997**, die Teilstücke zu verkaufen, nachdem das **Mindestkaufgebot** von 5700 Euro auf 4750 Euro pro Quadratmeter **gesenkt** worden war. Jetzt bauen hier unter anderem der **AvD** (Automobilclub von Deutschland), die **Kanadische Botschaft** sowie die Projektentwickler **Züblin** und **KapHag**. Die **Wiederentstehung des Achtecks** nimmt somit endlich Formen an.

Ein offenes Projekt bleibt noch die **Platzgestaltung selbst**. Die Probleme, mit denen sich die Architekten hier auseinandersetzen müssen, sind zum einen, dass der Raum für **einen** klassischen Stadtplatz **sehr groß ist**, zum **anderen**, dass der Leipziger Platz mit der **5-spurigen Leipziger Straße** von einer fußgängerfeindlichen Schneise durchschnitten wird.

Ein besonders schöner Vorschlag des jungen Architekten Philipp v. Matt sah vor, durch eine **bewegliche Teilung** entlang der Leipziger Straße eine zeitgemäße Dominante zu schaffen. **Beleuchtete Wasserkaskaden** sollten die Fahrbahn begrenzen und den Autolärm für die Platzpassanten um **bis zu 20 Dezibel** reduzieren.

Die Höhe der Wasserwände sollte sich dabei nach der aktuellen **Fahrzeugdichte** richten, die von Sensoren in der Fahrbahn gemessen würde. Leider lehnte der Senat dieses wegen seines selbstbewussten Umgangs mit dem Thema Verkehr bemerkenswerte Konzept ab. Man befürchtete – **typisches Spießerdennen?** –, dass die **Sprühnässe** der Wasserfontänen sowohl Fußgänger als auch Autos gefährden könnte.

Man darf nun gespannt sein, wie sich der Leipziger Platz im **kommenden Jahr**, wenn alle Arbeiten abgeschlossen sein sollen, **am Ende** präsentieren wird.

Eine kunstsinnige Kulturoffensive

„**Klage nicht – kämpfe!**“ Diese Sentenz, mit der beispielsweise Rekruten der Bundeswehr zum Durchhalten bewegt werden könnten, lässt sich ohne weiteres auch auf die **Kunst**, respektive auf den heutigen **Kunstbetrieb** anwenden. In Zeiten sinkender bis gar nicht mehr vergebener Subventionen stellt sich für viele Künstler oft die Überlebensfrage. Auf diesem Hintergrund steht die **Eigeninitiative** „**berlinkunstsinnig**“ der Berliner Bildenden Künstlerin Eva **Fassbinder**. Sie versucht einen **neuen** Weg, Kunst zu präsentieren und zu verkaufen.

Bei ihrem ersten Kunstevent „**die Kunst zu Markte tragen ...**“ am 9. Dezember im Ballhaus Rixdorf zeigt Eva Fassbinder eine Kunstausstellung, die nur **einen Abend** lang dauert – der aber hat einiges zu bieten: In sieben **szenischen Anekdoten** wird sie Ausgangsmomente ihrer Werke noch einmal lebendig werden lassen. Denn wer hat nicht schon in einem Museum oder andernorts vor der **Bilderflut** gestanden und sich gefragt, was Künstler zu ihren Werken bewogen hat. Das Jazzduo „**midnight mood**“ unterstützt sie dabei, indem es die **emotionalen Hintergründe** musikalisch interpretiert.

Der Titel „die Kunst zu Markte bringen...“ ist **wörtlich** gemeint: Denn in einer anschließenden **Auktion** werden die Schauspieler Raimund Wurzwallner und Oli Rickenbacher sich als „**Marktschreier**“ betätigen und versuchen, sämtliche Werke an den Gast zu bringen – auf **kunstsinnige**, mithin **nicht ganz gewöhnliche** Art.

Gedacht ist dabei durchaus an das antike Vorbild der Agora – an den Markt- und Versammlungsplatz – wo man sich mit den täglichen Dingen versorgt, sich informiert und diskutiert. Den Gesprächsstoff liefert an diesem Abend, dass die Gäste den **Preis** für einen Teil der Bilder **selber gestalten**, indem für die Kunstwerke per ausliegender Karte Gebote abgegeben werden. Jeder kann also selbst entscheiden, **wie viel** ihm ein Kunstwerk wert ist. Den Zuschlag erhält jeweils der **Höchstbietende**.

Sollte dieser Abend erfolgreich werden, plant Eva Fassbinder **weitere Kunstevents** in Berlin, wobei die Stadt und ihre Orte aktuell und historisch wahrlich ausreichend Stoffe liefern, an denen man sich abarbeiten kann.

Ob Berlins Kultursenator Thomas **Flierl** und Kulturstatsministerin Christina **Weiss** soviel künstlerische Eigeninitiative anerkennen werden? **Eingeladen** sind sie für den 9. Dezember jedenfalls ...



Christian Daug

Kottbusser Damm 76,
Berlin-Kreuzberg,
Einlass: 19 Uhr

Immer zum Advent wird Berlin auch zur Märchenstadt

Wenn der Winter naht, wird Berlin wieder zur **Märchenstadt**. **Dann** geben sich Aladin, Sindbad, Ali Baba und die anderen orientalischen Figuren ein Stelldichein.

Dann ziehen Schneewittchen, Dornröschen, Rapunzel und Rumpelstilzchen durch den guten alten deutschen Wald der Gebrüder Grimm. **Dann** erleben der aufrechte Zinnsoldat oder altfranzösische Fabelwesen ihre literarischen Abenteuer.

Schon zum **15. Male** fanden jetzt (bis zum 21. November) in der Hauptstadt die Berliner Märchentage statt. Mit rund **1 000** Lesungen, Aufführungen und Märchenstunden an verschiedenen Orten. Im Vorjahr kamen zum größten Märchenfestival der Welt immerhin **75 000** Besucher, in diesem Jahr waren es gut 100 000, die sich von Märchen vorweihnachtlich verzaubern ließen.

Wenn auch für diesmal die Märchenbuchdeckel **zugeklappt** sind (die Märchentage 2005 finden vom 3. bis 13. November statt und werden im Zeichen von Hans Christian **Andersen** stehen), so sind individueller Leselust und Erzählkunst keine Schranken gesetzt.

Und dann wetteifern ja im Advent auch die **großen** und **kleinen Bühnen** der Stadt um ein Publikum mit offenen Augen und roten Ohren: **Märchentheater hat festliche Konjunktur**.

Das reicht von den etablierten **Staatsbühnen** (zum Beispiel „Das schlaue Fuchslein“ oder „Hänsel und Gretel“ für die ganz Kleinen an der Deutschen Oper) bis zum Angebot vom **Puppentheater Firlanz** oder dem **Figurentheater Grashüpfer**.

Gleich eine ganze **Märchenserie** legt die **Urania** auf, präsentiert von der „**Berliner Morgenpost**“: „Max und Moritz“ (am 27. und 28. November und am 25. und 26. Dezember), „Hänsel und Gretel“ (am 4. und 5. Dezember), „Frau Holle“ (am 11. und 12. Dezember) und „Rotkäppchen“ (am 18. und 19. Dezember).

Dieter Strunz

Urania-Theater, An der Urania,
U-Bahnhof Wittenbergplatz.
Tel: 030-312 70 41,
www.laur-veranstaltungen.de

Abonnieren Sie den HAUPTSTADTBRIEF!

**Mehr dazu: www.derhauptstadtbrief.de
info@derhauptstadtbrief.de
oder Telefon 030 / 21 50 54 00**